

Thema 2: Autoritäten

Aufgabe 2

Autorität und Schule

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Als Vorbereitung für eine Diskussion in Ihrer Klasse bzw. in Ihrem Kurs zum Thema *Autorität und Schule* fassen Sie für Ihre Mitschüler/innen bzw. Kurskolleginnen/Kurskollegen ein Interview zusammen.

Lesen Sie das Interview *Die schwache Autorität der Schule* mit Roland Reichenbach aus der Wochenzeitung *Die Furche* vom 22. September 2011 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie, was Roland Reichenbach unter Autorität versteht und welche Merkmale er ihr zuschreibt.
- Geben Sie wieder, welche Herausforderungen laut Reichenbach heute mit dem Konzept *Autorität* verbunden sind.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Die schwache Autorität der Schule

Der Baseler Pädagoge Roland Reichenbach über Autorität als Tauschprozess in der Schule – und die abnehmende Loyalität der Eltern mit den Lehrern.

Interview: Doris Helmberger

Die Klage über die abnehmende Disziplin der Schülerinnen und Schüler und ihre schrumpfende Akzeptanz jeglicher Formen von Autorität ist Teil jeder Schuldebatte. Mit Recht? Roland Reichenbach, Pädagogik-Professor an der Universität Basel und Autor des Buches „Pädagogische Autorität“, nimmt im FURCHE-Interview dazu Stellung.

Die Furche: *Autorität ist ein Reizthema – in der Pädagogik wie überall sonst. Woher kommt diese Emotionalität in der Debatte?*

Roland Reichenbach: Im deutschsprachigen Bereich hat es viel mit der deutschen Geschichte zu tun. Dazu kommt allgemein, dass Autorität eine asymmetrische Beziehung bezeichnet und wir es uns in demokratischen Verhältnissen angewöhnt haben, Beziehungen immer symmetrisch zu denken – und sie auch so zu bezeichnen: Unterebene heißen etwa nicht mehr Unterebene, sondern Mitarbeiter. Es ist wichtig und eine Frage des Anstands, dass man Befehls- und Gehorsamsstrukturen kaschiert und inferiore oder superiore Positionen verschleiert. Diese Leitmoral übertragen wir auch auf die Pädagogik, wo wir es uns angewöhnt haben, von Partnerschaftlichkeit,

Gemeinsamkeit und Partizipation zu reden – wobei es hinter diesem offiziellen Diskurs eben auch eine andere Realität gibt. Und zweitens ist Autorität ein Reizthema, weil man vielfach glaubt, dass sie vor allem mit Macht und Machtmissbrauch zu tun hätte und nicht einfach nur eine wechselseitige Abhängigkeit bedeuten würde.

Die Furche: *Inwiefern ist der Lehrer von den Schülern abhängig?*

Reichenbach: Er hängt von ihrem Goodwill und ihrer Zustimmung ab. Ein Autoritätsverhältnis ist immer ein Tauschverhältnis, und wenn man Kindern gegenüber Respekt und Interesse zeigt, ist das schon ein gutes Angebot. Natürlich ist die Idee, dass man durch Motivation und Psychologie ein Klima schafft, in dem alle völlig interessiert sind, eine totale Illusion. Und trotzdem gibt es ein Klima, das mehr oder weniger förderlich ist. Wenn wir uns etwa an die „Rütli-Schule“ erinnern (*2006 hatten Lehrer dieser „Problemschule“ im Berliner Bezirk Neukölln mit öffentlichen Schilderungen ausufernder Schüler-Gewalt für Diskussionen gesorgt, Anm.*), so haben die Schüler dort in Fernseh-Interviews deutlich gemacht, dass sie sich von dieser Gesellschaft überhaupt nichts mehr erwarten. Warum sollten sie sich also anstrengen? Eine Autorität hat

dann Macht, wenn sie Belohnung glaubhaft in Aussicht stellen kann: in Form von Anerkennung, guten Noten, Lehrstellen etc. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann wird es schwierig.

Die Furche: *Über Disziplinprobleme wird aber nicht nur an Schulen in sozialen Brennpunkten geklagt. Entsprechend hohe Wellen hat 2006 Bernhard Buebs Streitschrift „Lob der Disziplin“ [...] geschlagen ...*

Reichenbach: Das Buch selbst finde ich problematisch, weil es viele prekäre Aussagen enthält. Aber es war ein Tabubruch, weil sich die Erziehungswissenschaft lange Zeit überhaupt nicht mehr mit Autorität beschäftigt hat, und wenn, dann nur negativ. Was aber Autorität im positiven Sinn bedeutet, nämlich als Merkmal einer Beziehung, die gekennzeichnet ist von Anerkennung, darüber hat man nicht gesprochen. Jetzt sehen aber viele Menschen mit Unbehagen, dass die Autorität der Institutionen, unter anderem jene der Schule, eindeutig geschwächt ist. Und das wirkt sich auch auf die Autorität der einzelnen Lehrpersonen aus. Sie fühlen sich ja auch von den Eltern nicht mehr als Autorität anerkannt: In der Schweiz sind etwa die Eltern einer der Hauptgründe, warum Grundschullehrerinnen ihren Beruf an den Nagel

hängen. Als Klischee könnte man es so ausdrücken: Früher wurde das Kind in der Schule vom Lehrer geschlagen und dafür zu Hause noch einmal geprügelt. Heute wird das Kind in der Schule kritisiert – und der Reflex der Eltern lautet: So darf man nicht mit unserem Kind umgehen! [...]

Die Furche: *Kann man auch lernen, Autorität auszustrahlen?*

Reichenbach: Sagen wir es so: Es gibt viele Quellen von Autorität: Wissen ist so eine Quelle, oder Authentizität, oder Organisations-talent. Umso wichtiger ist es für die Lehrperson, herauszufinden, wo sie wirklich stark ist – und wo nicht.

Die Furche: *Gibt es typische Persönlichkeitsmerkmale von Lehrern mit Autorität?*

Reichenbach: Nein. Die Persönlichkeit eines Lehrers ist zwar insgesamt wichtig. Doch im Rahmen von Forschungen, bei denen 300 „Best Practitioners“ unter die

Lupe genommen wurden, hat man keinerlei gemeinsames Persönlichkeitsprofil entdeckt. Man kann also auf unterschiedlichste Art und Weise ein sehr guter Lehrer oder eine sehr gute Lehrerin sein. Manche haben Extrovertiertheit als Stärke, bei anderen wird gerade ihre stille Art geschätzt. Es hat eher mit dem Selbstverständnis als Lehrperson zu tun, also mit der beruflichen Identität. [...]

Die Furche: *Und dann sollte Schule ganz nebenbei auch noch ein Ort sein, an dem Lernen Spaß macht ...*

Reichenbach: Das ist natürlich eine Illusion! Wenn Lernen Spaß macht, ist es gut. Aber erstens kann man Spaß nicht erzwingen, und zweitens ist Lernen in vielerlei Hinsicht eine schwierige, mühsame Angelegenheit. Und das wird heute oft etwas diffamiert. In der Schule gibt es nun einmal Allgemeinbildung und Schulpflicht, alle sollen mit allem in Berührung kommen. Die lange Schulzeit kommt noch dazu: Vor hundert Jahren gingen

die Leute sechs Jahre in die Schule, heute sitzen wir ewig hier und müssen Scheine machen. Nicht zuletzt beginnt auch die Geschlechtsreife immer früher: Vor 200 Jahren lag sie bei Mädchen bei 18 Jahren, heute liegt sie bei elf Jahren. Wir haben Schülerinnen und Schüler, die sehen aus wie Frauen und Männer, aber werden behandelt wie Kinder. Das muss man alles mitbedenken, wenn man über Autorität in der Schule spricht. Andererseits ist es aber auch normal, dass Autorität in Frage gestellt wird. Das darf auch gar nicht anders sein, weil ein junger Mensch, der erwachsen werden will, sich von seinen Eltern befreien können muss. Dazu ist es aber wichtig, dass es Friktionen gibt. Wenn man nur auf Verständnis stößt, kann man seine Freiheit nicht praktizieren. Man braucht Grenzen, damit man sie überschreiten kann. Insofern ist Autorität in modernen Gesellschaften immer auch in der Krise, und das ist gut so. ■

Quelle: Die Furche, 22. September 2011, S. 22–23.

INFOBOX

offizieller Diskurs: hier vorherrschende öffentliche Meinung zu einem bestimmten Thema

Thema 2: Berufsperspektiven der Zukunft

Aufgabe 1

Trotz Fleiß kein Preis

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Im Rahmen eines Projekts zum Thema *Arbeitswelt(en)* an Ihrer Bildungsinstitution findet eine Diskussion zu sozialen Aufstiegschancen statt. Für die Teilnehmer/innen fassen Sie einen Bericht zusammen.

Lesen Sie den Bericht *Aufsteigen? Reich werden? Vergessen Sie's!* von Daniel Eckert und Holger Zschäpitz aus der Online-Ausgabe der deutschen Tageszeitung *Die Welt* vom 11. Juli 2017 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie die Veränderungen im Hinblick auf Aufstiegschancen laut Textbeilage.
- Geben Sie die wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Folgen dieser Veränderungen wieder.
- Nennen Sie in der Textbeilage angeführte Maßnahmen, die dazu geeignet sind, diesen Folgen entgegenzuwirken.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Soziale Unterschiede

Aufsteigen? Reich werden? Vergessen Sie's!

Das Versprechen, dass Leistung sich lohnt, gilt immer seltener. Eine neue Studie sieht die Stabilität der Gesellschaft bedroht, vor allem in den angelsächsischen Ländern – aber nicht nur dort.

Von Daniel Eckert und
Holger Zschäpitz

Es gibt sie noch, die Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Geschichten. Bill McDermott ist so ein Fall. Er schaffte es, als Spross einer New Yorker Arbeiterfamilie zum bestbezahlten Manager im Deutschen Aktienindex aufzusteigen. Mit einem Jahresgehalt von 14 Millionen Euro verdient der SAP-Chef in einem Monat so viel wie sein Vater im ganzen Leben.

Doch der 55-jährige McDermott ist eine Ausnahmeerscheinung. Und das nicht nur wegen seiner außergewöhnlichen Talente, die ihm schon früh eine Spitzenposition einbrachten. Auch der Lebensweg des Aufstiegers aus dem New Yorker Arbeiterviertel Queens scheint mehr und mehr zur Ausnahme zu werden.

Das Gefühl, dass die westlichen Gesellschaften ihr Aufstiegsversprechen nicht mehr halten, gibt es schon länger. In der Wissenschaft wird die Frage kontrovers diskutiert. Nun schlägt sogar eine Institution Alarm, die nicht im Verdacht steht, besonders sozial

bewegt zu sein: die Finanzindustrie.

Die britische Versicherungsgruppe Standard Life widmet dem Schwinden der sozialen Mobilität eine Studie. Die Ökonomen haben Hunderte Daten aus verschiedenen Staaten zusammengetragen. Sie zeigen, dass der gesellschaftliche Aufstieg so schwierig geworden ist wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Heute bestimmt das Elternhaus die Perspektiven, mehr denn je.

„Lotterie der Geburt“ haben die Experten ihre Publikation überschrieben und warnen davor, dass die Welt wertvolles ökonomisches Potenzial verschenkt. Mangelnde Aufstiegschancen tangieren nicht nur das Wirtschaftswachstum negativ. Auch die Gesellschaft als Ganzes wird instabiler.

Denn Ungleichheit, auch in ihrer produktiven Form, wird leicht unerträglich, wenn das Gefühl nicht mehr da ist, aus eigener Kraft den Sprung nach vorn zu schaffen. „In praktisch allen Ländern, für die Daten vorliegen, gibt es einen

klaren Zusammenhang zwischen den eigenen Einkommensaussichten und dem Einkommen der Eltern“, sagt Jeremy Lawson, Chefökonom bei Standard Life und Autor der Studie.

Immerhin gebe es erhebliche Unterschiede von Land zu Land. Eine besonders ausgeprägte Korrelation hat Lawson für Großbritannien, Italien, die USA und Frankreich identifiziert.

„In diesen Ökonomien vererbten sich die Gehaltsunterschiede zu mehr als 40 Prozent auf die nächste Generation.“ Das heißt: Die Chancen, wie McDermott als Arbeiterkind zum Vorstandsvorsitzenden aufzusteigen oder auf andere Weise wohlhabend zu werden, sind zunehmend gering.

In den USA wurde daher eigens eine wissenschaftliche Kommission zur Chancengleichheit ins Leben gerufen, die gleich mit einer dystopischen Zahl für Aufsehen sorgte, nämlich 50 Prozent. Nur noch jeder zweite 30-Jährige verdient heute mehr als die eigenen Eltern, als sie im gleichen Alter waren.

Das steht in einem starken Kontrast zur „goldenen Ära“ der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten. Noch in den 1980er-Jahren, als also die zwischen 1950 und 1960 Geborenen 30 wurden, lag der Anteil bei 80 Prozent. Dieses generelle Aufstiegsversprechen, dass es der kommenden Generation stets besser als der vorhergehenden geht, gilt so nicht mehr.

Zu den problematischen Ländern zählt Großbritannien, das Land des Brexit-Votums. Auf der Insel hat die Social Mobility Commission im vergangenen Jahr festgestellt, dass die Leiter des sozialen Aufstiegs kaputt sei: „broken“. [...]

Keine westliche Gesellschaft weist heute noch vergleichbar hohe Werte für soziale Aufstiegsmöglichkeiten auf wie vor 30 Jahren. Doch nicht überall sieht es so deprimierend aus wie in den USA, in Großbritannien oder in Italien. In den skandinavischen Volkswirtschaften, in Deutschland und in Kanada ist der Einfluss des Elternhauses dagegen merklich kleiner. Aber auch hier lässt sich die Macht der Geburtslotterie messen, sagt Lawson.

Länder mit geringerer Einkommensmobilität (Kinder spielen in der gleichen Einkommensliga wie die Eltern) fallen oft durch ein höheres Maß an Ungleichheit insgesamt auf. [...]

Aus Sicht der ärmeren Menschen ist das ein doppelter Schlag. Denn es bedeutet: Nicht nur ihre

Chancen aufzusteigen sind geringer, auch die Vermögensunterschiede sind größer, und die Aussichten, die Lücke zu verkleinern, sind mager.

Aus Sicht der Wissenschaftler ist soziale Mobilität eine der wichtigsten Determinanten für wirtschaftlichen Erfolg. Zwischen Aufstiegsmöglichkeiten und wahrgenommener Ungleichheit besteht ein komplexer, keineswegs trivialer Zusammenhang.

Auf der einen Seite schwindet aktuell die Akzeptanz der Menschen für Ungleichheit. Auf der anderen Seite ist die Wahrnehmung aber teils auch verzerrt: Menschen machen zunehmend Ungerechtigkeiten aus, die so gar nicht existieren.

Dabei ist ein gewisses Ausmaß an Ungleichheit unerlässlich für eine dynamische Wirtschaft. Nur wer den Anreiz sieht, für Leistung auch entsprechend belohnt zu werden, wird ins Risiko gehen.

„Gemessen an den Bruttolöhnen ist die Ungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen“, erklärt Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank. Wegen der sehr guten Lage am Arbeitsmarkt hätten gering qualifizierte Arbeitnehmer einen Teil der vorherigen Einkommensverluste aufgeholt. „Wenn viele Menschen trotzdem eine wachsende Ungleichheit wahrnehmen, liegt das vermutlich an der zunehmenden sozialen Separierung.“

Separieren heißt: Familien mit überdurchschnittlichen Einkommen ziehen sich in sogenannte gute Stadtviertel zurück, nicht zuletzt, um ihren Kindern bessere Schulen bieten zu können. Dagegen nehmen die Probleme in den anderen Stadtvierteln zu, die Kinder dort haben schlechtere Bildungs- und wohl auch Berufschancen.

Experten sind sich einig, dass die soziale Mobilität eine der Schicksalsfragen im Zeitalter der Digitalisierung ist. Je mehr die Gesellschaften und Arbeitswelten technisiert werden, desto stärker ist eine Volkswirtschaft auf mobile Arbeitnehmer angewiesen. Am aussichtsreichsten erscheinen also Investitionen in Bildung.

„Der Staat muss endlich dafür sorgen, dass er gute Bildung nicht nur Kindern bietet, deren Eltern sich Wohnungen in guten Vierteln leisten können“, sagt Krämer. Unter guter Bildung versteht der Ökonom keine Noteninflation oder das Abitur für alle. Eine übertriebene Akademisierung helfe nicht weiter.

„Vielmehr brauchen wir ein differenzierendes Schulsystem, dessen Abschlüsse wegen ihrer Qualität bei den Arbeitgebern anerkannt werden. Nur wenn die staatlichen Schulen das wieder leisten, hört die Flucht an die Privatschulen auf, an denen Kinder aus bildungsfernen Haushalten unterrepräsentiert sind.“

Die Forscher der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) haben festgestellt, dass die Politik früh aktiv werden muss, um die soziale Mobilität wieder in Gang zu bringen.

„Staatliche Fördermaßnahmen schon im Kindesalter können einen Beitrag zur sozialen Mobilität leisten [...]“. [...] ■

Quelle: <https://www.welt.de/wirtschaft/article166520119/Aufsteigen-Reich-werden-Vergessen-Sie-s.html> [24.07.2020].

Hinweis: Die Zwischenüberschriften des Textes wurden entfernt.

INFOBOX

dystopisch: *hier* in eine bedrohliche, negative Zukunft weisend

SAP: großes deutsches Softwareunternehmen

Thema 3: Bewegung

Aufgabe 1

Kultur des Gehens

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Im Rahmen eines Projekts im Deutschunterricht zum Thema *Fortbewegung im Wandel der Zeit* fassen Sie den Feuilletonbeitrag *Gehend den Geist beflügeln* für die Projektbroschüre zusammen.

Lesen Sie den Feuilletonbeitrag *Gehend den Geist beflügeln* von Michael Krassnitzer aus der Wochenzeitung *Die Furche* vom 28. April 2016 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie, welche Wirkungen dem Zu-Fuß-Gehen laut Textbeilage zugeschrieben werden.
- Geben Sie wieder, wie sich der Stellenwert des Zu-Fuß-Gehens verändert hat.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Gehend den Geist beflügeln

Loblied auf die Kultur des Zu-Fuß-Seins: Warum gerade Dichter und Denker das Flanieren, Spazieren und Wandern beschwören.

Von Michael Krassnitzer

[...]

Sören Kierkegaard war ein leidenschaftlicher Spaziergänger. Gehen war ihm eine Quelle von Inspiration und Kraft: „Ich bin zu meinen besten Gedanken gegangen, und ich kenne keinen Gedanken, der so bedrückend wäre, dass man ihn nicht gehend hinter sich lassen könnte.“ Der dänische Philosoph war beileibe nicht der einzige Geistesmensch, für den die Fortbewegung zu Fuß eine subjektive Notwendigkeit darstellte. Nicht nur Denker, sondern auch zahllose Literaten bekannten sich zu ihrer Passion, *per pedes* von einem Ort zum anderen zu streben. „Wenn ich nicht schnell und weit gehen könnte, würde ich explodieren und sterben“, bekräftigte Charles Dickens. Und Henry David Thoreau war überzeugt: „Ich glaube, dass ich meine körperliche Gesundheit nur bewahre, indem ich täglich mindestens vier, gewöhnlich jedoch mehr Stunden damit verbringe, völlig frei von allen Forderungen der Welt durch den Wald und über Hügel und Felder zu schlendern.“ [...]

„Träumereien des einsamen Wanderers“

Gehen ist des Menschen ur-eigenste Art der Fortbewegung.

Zum Thema der Dichter und Denker wurde das Gehen erst, als es durch die Verbreitung neuer Transportmittel in der Epoche der Romantik seine Selbstverständlichkeit einbüßte. Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Hölderlin waren begeisterte Wanderer. Die englische Literatur würde ohne ihre passionierten Spaziergänger nur ein kümmerliches Dasein fristen: Robert Louis Stevenson, Sir Walter Scott, Jane Austen und die Brontë-Geschwister waren allesamt exzessive Geher. Gemeinsamer Urvater war Jean-Jacques Rousseau, jener Romantiker *avant la lettre*, der nicht zuletzt in den „Träumereien des einsamen Wanderers“ ein Zurück zur Natur predigte, auch wenn er diese Formulierung selbst nicht gebrauchte.

Glaubt man all den vorliegenden literarischen Zeugnissen, dann kommen mit dem Körper auch die Gedanken in Bewegung: Gehen als Quell von Erkenntnis, Sinn, Freude, Euphorie, Ekstase. Gehen ist jedoch mehr als ein Ansporn für große Gedanken und Gefühle. Es ermöglicht dem Gehenden auch eine andere, besonders intensive Wahrnehmung der durchgangenen Landschaft: Gehen ist also auch ein Akt der Erkundung, des Erforschens. „Wer glaubt, man sieht mit den Augen allein, irrt. Wer

ausschreitet, der lernt mit dem ganzen Körper zu sehen“, schreibt [Ilija] Trojanow. Bereits die englische Schriftstellerin Elizabeth von Arnim kam zu einem ähnlichen Befund: „Wandern ist die vollkommenste Art der Fortbewegung, wenn man das wahre Leben entdecken will.“ Mit dem Begriff „*dérive*“ hat Guy Debord eine – stark architekturtheoretisch geprägte – Strategie der spielerischen Aneignung einer Stadtlandschaft durch Fußgänger entworfen.

Spielerische Aneignung der Stadt

Die Zu-Fuß-Gehenden können ja mittlerweile in vier Gruppen eingeteilt werden: den Wanderer, der sich durch die freie Natur bewegt; den Spaziergänger, der seine Schritte auf Regionen gezähmter Natur beschränkt, etwa auf Parks, gepflegte Landschaften oder menschliche Siedlungen; den von Walter Benjamin ins Spiel gebrachten Flaneur, der durch die Straßen der Metropolen schweift; und schließlich jenen Namenlosen, der im Zuge seiner „*dérive*“ auch die Un-Orte der großstädtischen Landschaft und Peripherie *per pedes* erschließt.

Bis ins 20. Jahrhundert hinein schlug dem Wanderer häufig Misstrauen entgegen. Schließlich waren ja auch ungeliebte Gruppen

wie Diebe, Landstreicher, Bettler, Hausierer und diverse fahrende Völker zu Fuß unterwegs. Den englischen Dichtern der Romantik, schreibt Trojanow, wurde so oft Unterkunft und Essen verweigert, dass Percy Shelley vorschlug, sie sollten sich als Priester verkleiden. Als sie zu Fuß Los Angeles erkundeten, wurden Aldous Huxley und Ray Bradbury von der Polizei aufgefordert, sich auszuweisen. Dieser Argwohn gegenüber den Gehern hat sich heute ins Gegenteil verkehrt. Wandern und Spaziergehen sind im Zuge des grassierenden Gesundheitsfetischismus geradezu zu einem moralischen Imperativ geworden. Heute schlägt die Abneigung all jenen entgegen, die in der Stadt für kurze Strecken U-Bahn oder Bus benutzen, anstatt ihrer Gesundheit zuliebe zu Fuß zu gehen. Der Wanderwahn findet seine Entsprechung auch in der modernen Kleidung: „Man bekommt das Gefühl, dass ein großer Bergsteigerverein die Stadt besichtigt“, beschrieb Karl Lagerfeld den Anblick, der sich heutzutage auf den Trottoirs der Großstädte bietet. [...]

Thomas Bernhards Fußmärsche

Ja, es gibt sie, die Verächter des Wanderns, des Spazierens und des Flanierens. „Spaziergehen lähmt den Geist“, behauptet etwa Max Beerbohm: „Die Erfahrung lehrt mich, dass, egal wie amüsant oder lehrreich einer im Sessel sitzend oder vor dem Kamin stehend auch zu plaudern weiß, ihm diese Fähigkeit umgehend abhanden kommt, sobald er einen zu einem Spaziergang mitnimmt.“ Wobei gesagt werden muss, dass der britische Schriftsteller hier einer Verwechslung unterliegt. Gedanken beim Gehen im eigenen Kopf zu entwickeln ist etwas anderes, als beim Gehen andere an seinen Gedanken teilhaben zu lassen. Ein Mitwanderer, der ununterbrochen vor sich hinplappert, hat schon so manchen Marsch zur Tortur gemacht: Am schlimmsten sind jene, die ununterbrochen die Schönheiten der Landschaft kommentieren, anstatt diese für sich selbst sprechen zu lassen. Beerbohm hätte wohl besser einmal einen Spaziergang mutterseelenallein unternehmen sollen. Dass dies die ideale Form des Reisens zu Fuß ist, wusste schon sein Kollege

Robert Louis Stevenson: „Man sollte also, um sich recht daran erfreuen zu können, eine Wandertour allein unternehmen.“

[...] Thomas Bernhard war ein großer Geher, was naturgemäß Niederschlag in seinem Werk fand. In „Holzfällen“ berichtet der Erzähler, der stark autobiografisch gezeichnet ist, von langen nächtlichen Fußmärschen quer durch Wien, während denen er einst ununterbrochen Arien aus italienischen Opern schmetterte. Bernhard hat sogar eine Erzählung namens „Gehen“ verfasst, in der er auch den Zusammenhang von Gehen und Denken abhandelt, was in der Feststellung mündet: „Denn tatsächlich ist es nicht möglich, längere Zeit zu gehen und zu denken in gleicher Intensität.“ Auf dem Höhepunkt des grandiosen Textes betritt eine der typischen Bernhard'schen Figuren während eines Spazieranges ein Bekleidungsgeschäft und verliert dort angesichts der vermeintlich miserablen Qualität der Stoffe den Verstand. Womit die These von der positiven Auswirkung des Gehens auf den Geist doch ein wenig relativiert wird. ■

Quelle: Die Furche, 28. April 2016, S. 3.

INFOBOX

avant la lettre: *hier* seiner Zeit voraus

Thema 2: Das Fremde und das Eigene

Aufgabe 2

Asyl

Schreiben Sie eine **Zusammenfassung**.

Situation: Sie befassen sich im Unterricht mit verschiedenen Arten von Migration und erhalten die Aufgabe, einen Text zum Thema *Asyl* für Ihre Mitschüler/innen bzw. Kurskolleginnen und -kollegen zusammenzufassen.

Lesen Sie den Artikel *Menschenrecht Asyl* von Hendrik Cremer aus der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10–11/2016 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie die Entwicklung des Asylrechts.
- Geben Sie wesentliche Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention wieder.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Menschenrecht Asyl

Von Hendrik Cremer

[...]

Blick zurück

Das Asylrecht ist eine der ältesten Institutionen der Menschheit. Der Begriff „Asyl“ stammt aus dem Griechischen und bezeichnete im Altertum einen unantastbaren Zufluchtsort unter der Herrschaft der Götter, an dem jede menschliche Herrschaft endete und damit auch das Recht der politischen Machthaber, einen Menschen mit Zwang festzunehmen. Das galt für jeden, der dort Zuflucht suchte, also auch für Straftäter.

In allen großen Religionen gibt es ähnliche Konzepte für die Gewährung von Zuflucht für Menschen in Not. So entwickelte etwa die christliche Kirche aus dem Gebot der *caritas* (Nächstenliebe) und *misericordia* (Barmherzigkeit) für sich das Recht, Menschen Asyl zu geben. Zwar hat dieses Recht, an dem sich die Staaten im Laufe der Geschichte immer wieder gestoßen haben, einen deutlichen Bedeutungsverlust erfahren. Gleichwohl gibt es nach wie vor Kirchengemeinden, die Schutz suchenden Menschen Asyl gewähren, etwa um sie vor dem Zugriff der Behörden für die Abschiebung in einen anderen Staat zu schützen.

Der erste Beleg für den Schutz von Menschen, die aus ihrem Heimatland in ein anderes Land geflohen sind, stammt aus dem 14. Jahrhundert vor Christus. In dem Vertrag zwischen dem König der Hethiter und dem Fürsten von Wiluscha heißt es: „Wenn ein Flüchtling aus deinem Land Hatti kommt, so gibt man ihn dir nicht zurück; aus dem Land Hatti einen Flüchtling zurückzugeben ist nicht rechtens.“ Beim Asylrecht im völkerrechtlichen Sinne ging es bis in das 20. Jahrhundert nicht um die Rechte von Flüchtlingen. Im Vordergrund stand vielmehr das Recht eines Staates, Zuflucht suchenden Menschen Sicherheit zu bieten und gegebenenfalls ein Auslieferungsersuchen des Verfolgerstaates abzulehnen. Seit der Aufklärung und der Französischen Revolution entwickelte sich dieses Recht der Staaten zu einer Institution des Schutzes für politisch Verfolgte vor Auslieferung.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, als Millionen Menschen auf der Flucht waren, wurde der Schutz von Flüchtlingen zunehmend zum Gegenstand völkerrechtlicher Vereinbarungen und Aufgabenfeld internationaler Organisationen. Gleichwohl blieben die dahingehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten rudimentär: Nur wenige Staaten waren bereit, entsprechende Verpflichtungen im

Rahmen internationaler Abkommen einzugehen.

Jene Abkommen, die dennoch zustande kamen, waren zudem stets so konstruiert, dass sie sich im Wesentlichen auf einzelne Flüchtlingsgruppen beschränkten, die sich aufgrund bestimmter Ereignisse wie etwa der Verfolgung der Armenier in der Türkei, der Oktoberrevolution in Russland oder der Machtergreifung der Faschisten in Italien außerhalb ihres Heimatstaates aufhielten und auf Schutz in einem anderen Staat angewiesen waren. Die Flüchtlingsdefinitionen in den meisten völkerrechtlichen Vereinbarungen dieser Zeit dienten in erster Linie der Bestimmung des Mandats einer internationalen Organisation, der die Aufgabe übertragen wurde, sich um die jeweiligen Flüchtlingsgruppen zu kümmern, wie etwa dem Hohen Flüchtlingskommissar des 1920 gegründeten Völkerbundes.

Grundlagen des Asylrechts

Die Grundlagen für das internationale und europäische Flüchtlingsrecht, das individuelle, durchsetzbare Rechtspositionen zum Gegenstand hat, wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen. Die Weltgemeinschaft antwortete auf die Verfolgung von Millionen von Menschen während des Nationalsozialismus und das Leid der Flüchtlinge: Am

10. Dezember 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, in deren Artikel 14 auch das Recht auf Asyl aufgeführt ist: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“

In der Folge entwickelte sich die Gewährleistung der Menschenrechte und damit der Schutz jedes einzelnen Individuums durch völkerrechtliche Verpflichtungen der Staaten zu einem der zentralen Aspekte des modernen Völkerrechts. Sowohl auf internationaler als auch auf regionaler Ebene wurden zahlreiche Menschenrechtsverträge geschaffen, die darauf abzielen, jeden Menschen im Hoheitsbereich der Vertragsparteien zu schützen, und individuelle, durchsetzbare Rechte garantieren, wie beispielsweise die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950.

Die hohe Anzahl von Flüchtlingen in Europa infolge von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinaus führte im Dezember 1950 zur Einsetzung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) durch die UN-Generalversammlung. Zu seinen Aufgaben gehört es, die internationale Flüchtlingshilfe zu koordinieren, gegebenenfalls auch selbst materielle Hilfe für Flüchtlinge zu organisieren und ihnen in Absprache mit den Zufluchtsländern durch das Ausstellen von Schutzbriefen

rechtlichen Schutz zu gewähren. Sein Mandat erstreckt sich auch auf sogenannte Binnenflüchtlinge, also Menschen, die etwa aufgrund eines Bürgerkrieges aus ihrem Heimatort fliehen, ohne dabei ihr Land zu verlassen.

Wenig später, im Juli 1951, wurde das „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ verabschiedet, das gewöhnlich als Genfer Flüchtlingskonvention bezeichnet wird und heute die Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts bildet. Die Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten, Flüchtlingen im Sinne der Konvention ein Aufenthaltsrecht und weitere Rechte zu gewähren. Galt die Konvention zunächst nur für Personen, die aufgrund von Ereignissen in Europa vor 1951 zu Flüchtlingen geworden waren, wurde durch das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 die geografische und zeitliche Beschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention aufgehoben. 146 Staaten sind dem Protokoll bis heute beigetreten.

Ein Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention ist laut deren Artikel 1 und dem besagten Protokoll eine Person, die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung aus rassistischen Gründen oder wegen ihrer Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung außerhalb desjenigen Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz

dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.

Die zentrale Bestimmung der Genfer Flüchtlingskonvention ist das in Artikel 33 verankerte Gebot der Nicht-Zurückweisung (*Refoulement*-Verbot). Es verpflichtet die Staaten, niemanden an ihrer Grenze zurückzuweisen oder abzuschieben, der daraufhin gezwungen wäre, sich in einem Staat aufzuhalten, in dem er wiederum aus rassistischen Gründen, aufgrund seiner Religion, seiner Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder aufgrund seiner politischen Einstellung von Verfolgung bedroht ist. Eine Zurückweisung oder Abschiebung in einen anderen Staat verstößt auch dann gegen Artikel 33, wenn nicht gewährleistet ist, dass die Schutzsuchenden von dort aus nicht weiter in den Verfolgerstaat abgeschoben werden („Kettenabschiebung“).

Bis heute wird der Charakter des Rechts auf Asyl als individuelles Recht infrage gestellt. Die Tatsache, dass es bereits 1948 in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aufgenommen wurde, sowie deren Wortlaut in Artikel 14 sprechen jedoch für ein

solches Verständnis. Bei der Genfer Flüchtlingskonvention und dem dazugehörigen Protokoll handelt es sich zudem um verbindliche völkerrechtliche Verträge,

die individuelle, durchsetzbare Rechtspositionen zum Gegenstand haben. Daher unterscheidet sich das Recht auf Asyl nicht von anderen menschenrechtlichen

Garantien; es steht vielmehr mit anderen Menschenrechten auf einer Stufe. [...] ■

Quelle: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10–11/2016, S. 40–44.

Thema 2: Demokratisches Handeln

Aufgabe 2

Medien im Wandel

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Für ein Projekt zum Thema *Medien im Wandel* fassen Sie für Ihre Mitschüler/innen bzw. Ihre Kurskolleginnen und -kollegen einen Sachtext zusammen.

Lesen Sie den Ausschnitt aus dem Sachtext *Medien und Gesellschaft im Wandel* von Heinz Bonfadelli, der auf der Website der deutschen *Bundeszentrale für politische Bildung* am 9. Dezember 2016 veröffentlicht wurde (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie zentrale Veränderungen im Bereich des Journalismus laut Textbeilage.
- Geben Sie die Diskussionen um den Bürgerjournalismus wieder.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Medien und Gesellschaft im Wandel

Von Heinz Bonfadelli

[...]

Medienwandel und Medienkrise

Jüngste Entwicklungen im Medienbereich geben Anlass zur Sorge, dass die Qualität der Medienberichterstattung in Gefahr ist. Warnende Stimmen sprechen sogar von einer Medienkrise. Im Printbereich wie im Rundfunk ist bei den Medienkonzernen seit längerem eine wachsende Medienkonzentration im Gange: Große Medienkonzerne werden immer dominanter. Parallel dazu verschieben sich die Werbeausgaben von der Presse ins Internet und die Zeitungsnutzung ist rückläufig. Auf der Ebene der Medienorganisationen hat dies nicht zuletzt zur Entlassung von Medienschaffenden, zur Verkleinerung der Redaktionen und zur Schaffung von kostengünstigeren Newsrooms geführt. Im Nachrichtenraum erfolgt die gemeinsame Produktion der Inhalte für die Print-Ausgabe und das Online-Angebot. Die Journalisten schreiben somit einen Artikel nicht mehr nur für die Zeitung, sondern erstellen gleichzeitig auch Online-Versionen oder Radio- bzw. TV-Beiträge. Dies hat nicht zuletzt zu einer Erhöhung des Zeitdrucks der journalistischen Arbeit geführt.

Aber die Medienkrise ist nicht nur eine Finanzierungs- und Krisenkrise, der Journalismus ist auch inhaltlich betroffen. Die Kommerzialisierung hat nicht nur zu einer Abnahme der Medienvielfalt geführt, sondern der wirtschaftliche Druck äußert sich ebenso in einer verstärkten externen Einflussnahme von Public Relations (Öffentlichkeitsarbeit) auf die Berichterstattung etwa als Gefälligkeitsjournalismus. Durch die Verwischung der Grenzen zwischen redaktionellem und Werbeteil [...] wird die journalistische Unabhängigkeit gefährdet.

Als Folge der Ökonomisierung sind zudem eine verstärkte Orientierung am Publikum und an dessen Wünschen zu konstatieren. Information und Unterhaltung sowie Öffentliches und Privates etwa von Politikern werden in der Berichterstattung vermischt, um diese interessanter zu machen. Die Medienkritik fokussiert hier unter den Stichworten „Personalisierung“ und „Infotainment“ zum einen auf die Boulevardpresse und zum anderen auf den Privatrundfunk. Beiden wird Populismus und mangelnde Unabhängigkeit sowie ein generell tiefes Qualitätsniveau vorgeworfen.

Analysen der Medienberichterstattung erkennen und kritisieren insbesondere einen Wandel der sog. Medien-Logik, d. h. der Art und Weise, wie Medien Ereignisse und Themen selektiv auswählen und darüber berichten: Der Journalismus, aber auch Public Relations, würden immer mehr Ereignisse als Media-Events selber inszenieren und fokussierten immer stärker auf Skandalisierung und Moralisierung einerseits sowie Personalisierung, Emotionalisierung und Intimisierung andererseits. Dabei würde bewusst das Bedürfnis des Medienpublikums nach Neugier und Voyeurismus bedient und bewirtschaftet im Sinne der Steigerung von Auflagen und Reichweiten.

Umgekehrt wird unter dem Stichwort Medialisierung diskutiert, dass nicht nur die Politik, sondern auch die übrigen Bereiche der Gesellschaft wie auch die Wissenschaft sich der Medien-Logik anpassen würden. [...]

Internet und Web 2.0 als Alternativen

Während die Bemühungen um Medienqualität auf bestehende Medienangebote von Presse und Rundfunk zielen, verstärkte sich in den letzten Jahren die grundsätzliche Kritik an den klassischen Massenmedien durch Anhänger und Vertreter der sog. neuen Medien. Für sie beschränkt der Journalismus der klassischen Medien die Meinungsfreiheit grundsätzlich und bevormundet das Publikum. Nach ihrer Meinung bietet sich das Internet wegen seiner Interaktivität an, wobei das Social Web mit seinen Diskussionsforen, Blogs und Twitter neue Möglichkeiten für alle Nutzer bereitstellt und so die Öffentlichkeit transparenter und egalitärer macht. Die „Konsumenten“ der klassischen Medien werden dabei unter dem Stichwort „Produser“ zu Produzenten in der Internetsphäre.

Allerdings werden diese Hoffnungen auf verstärkte Partizipation der Bürger durch das Internet kontrovers diskutiert. Betont wird etwa, dass auch im Internet die etablierten politischen Akteure – Stichwort „Twitter“ – und die mächtigen Wirtschaftsorganisationen dominieren würden. Zudem zeichnet die bisherige empirische Forschung ein eher ernüchterndes Bild, und zwar sowohl was die Qualität der Beiträge angeht als auch die politikorientierte interaktive Nutzung des Internets. [...] Darüber hinaus werden unter dem Stichwort „Shitstorms“ auch Schattenseiten des Social Web diskutiert, insofern als Reizthemen wie Flüchtlinge, Gleichstellung, Homo-Ehen etc. „mitunter hochemotionale Reaktionen auslösen und eine echte Debattenkultur vermissen lassen“. Solche Netzdebatten erwecken den Eindruck, dass es weniger um einen konstruktiven Dialog mit gegenseitiger Kenntnisnahme der Argumente geht, sondern oft nur um Skandalisierung und Moralisierung mittels verbaler Scharmützel.

Vergleich zwischen klassischem und Internet-Journalismus

Zudem haben die klassischen Medien unter dem Stichwort Bürgerjournalismus begonnen, ihre Nutzer zu aktivieren und stärker zu beteiligen [...]. Neue Partizipationsformen werden angeboten: Fotos, Filme und Textbeiträge können über Internet und Handy zugemailt und in den redaktionellen Teil integriert werden. Darüber hinaus recherchieren die professionellen Journalisten heute selber verstärkt im Internet und nutzen die laufenden Diskussionen in den Foren als Input für ihre eigene Arbeit. [...]

Allerdings ist nicht immer klar, was genau unter Bürgerjournalismus zu verstehen ist:

Das Phänomen hat vielfältige Facetten und der Begriff wird dementsprechend uneinheitlich verwendet. Im Kern meint Bürgerjournalismus aber eine zugangsoffene, unabhängige und vielfältige Nachrichtenproduktion durch zivilgesellschaftlich engagierte Bürger in Form von selbstständig erbrachten Laienangeboten. Konkret werden darunter Formate wie Weblogs, Podcasts oder Wikis und Facebook, YouTube oder Twitter verstanden.

Positiv herausgehoben wird vor allem, dass so eine breite Partizipation der Bürger an öffentlicher Kommunikation möglich und die Entscheidungsfindung in der Politik durch Diskussionsbeteiligung der Betroffenen demokratischer würde. Als Beispiel kann auf die breite Diskussion um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ verwiesen werden.

Aus der Perspektive der klassischen Medien werden Erwartungen an den Bürgerjournalismus im Internet abgeschwächt: Es wird betont, dass nur Bezahlmedien dauerhaft gesichert aktuelle und professionelle redaktionelle Leistungen zu erbringen vermögen, welche auf klar definierten Qualitätsstandards beruhen. Die Leistungen des Bürgerjournalismus seien, was die Qualität angeht, oft nicht transparent und außerdem sehr heterogen. Zudem überwiege in Internetkommentaren der Austausch von nicht-neutralen Meinungen, vertiefte unabhängige Recherchen seien die Ausnahme und der Anteil an Exklusivinformation gering.

Die vorliegenden Befunde sprechen somit eher gegen den Optimismus, dass der Bürgerjournalismus bezüglich Qualität mit dem professionellen Journalismus konkurrieren könne. Relativierend ist allerdings festzuhalten, dass die Forschung im deutschen Sprachraum erst am Anfang steht und der Bürgerjournalismus im Internet ohne Zweifel neue Impulse auch für die etablierten Medien gebracht hat. [...]

Quelle: <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/medienpolitik/236435/medien-und-gesellschaft-im-wandel> [24.11.2021].

INFOBOX

Heinz Bonfadelli (geb. 1949): Schweizer Kommunikations- und Medienwissenschaftler

Gefälligkeitsjournalismus: Berichterstattung im Sinne der politisch oder finanziell Mächtigen, die darauf abzielt, dass das Medium oder die Journalistin/der Journalist Vorteile erlangt (Zugang zu Information, Nähe zur Macht, mehr Inserate oder Förderungen ...); erfolgt manchmal auch aus freien Stücken aufgrund einer politischen oder persönlichen Verbundenheit/Bewunderung

Produser: häufig im Medienbereich verwendete Wortkombination aus „Producer“ und „User“; bezeichnet Konsumentinnen/Konsumenten, die gleichzeitig Produzentinnen/Produzenten sind, also sich beispielsweise im Internet Inhalte ansehen, aber auch selbst Beiträge hochladen.

Stuttgart 21: heftig umstrittenes Bauprojekt der Deutschen Bahn, das aufgrund enormer Kosten, großer baulicher Veränderungen im Stadtzentrum sowie Bauverzögerungen von anhaltenden Protesten gegen das Projekt geprägt ist; zahlreiche Bürgerbegehren dagegen wurden eingebracht sowie Schlichtungsgespräche geführt; eine Volksabstimmung brachte 2011 jedoch eine Mehrheit für das Projekt, das voraussichtlich 2024 fertiggestellt wird.

Thema 3: Die Macht der Sprache

Aufgabe 1

Sprache und Politik

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Sie befassen sich im Unterricht mit dem Themenbereich *Sprache und Politik* und fassen für Ihre Mitschüler/innen bzw. Kurskolleginnen und -kollegen einen Sachtext zu diesem Thema zusammen.

Lesen Sie den Ausschnitt aus dem Sachtext *Sprache und Politik* von Heiko Girnth, der auf der Website der deutschen *Bundeszentrale für politische Bildung* am 15. Juli 2010 erschienen ist (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Geben Sie die Funktionen von Sprache in der Politik wieder.
- Beschreiben Sie Merkmale politischer Kommunikation.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Sprache und Politik

Von Heiko Girnth

[...]

Politik als sprachliches Handeln

Rechtschreibreform, Kernenergie, Klimawandel: Letztlich kann alles politisch werden, was von öffentlichem Interesse ist. Politik umfasst die verschiedensten Sach- und Handlungsbereiche und kann somit alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Unter diesem weit gefassten Politikbegriff lässt sich auch das Verhältnis von Sprache und Politik betrachten. Politische Akteure müssen die Öffentlichkeit informieren, politisches Handeln begründen, analysieren, kritisieren und rechtfertigen. Sie bewerten bestimmte Sachverhalte positiv oder negativ, stützen die eigene Position argumentativ, stellen sich glaubwürdig dar, greifen die gegnerische Position argumentativ an und werten den Gegner ab. In den Printmedien, im Fernsehen, im Rundfunk und im Internet wird über das politische Tagesgeschehen informiert, werden politische Sachverhalte kommentiert und interpretiert. Dies alles geschieht mit und durch Sprache. Sprache ist darum nicht nur irgendein Instrument der Politik, sondern überhaupt erst die Bedingung ihrer Möglichkeit.

Sprache in der Politik bedeutet vor allem sprachliches Handeln. Es ist die Handlungspotenz von Sprache, die für die Politik konstitutiv ist. Wie der Politiker Erhard Eppler (SPD) hervorhebt, lässt sich in der Politik nur schwer zwischen Reden und Handeln unterscheiden, „weil das Reden sehr wohl Handeln bedeutet“. Wenn Reden Handeln bedeutet, dann heißt das nichts anderes, als dass Sprechen wie jede andere Handlung auch eine bestimmte Funktion besitzt und bestimmte Folgen hat. Unmittelbar einleuchtend ist dies bei einer sprachlichen Handlung wie den RÜCKTRITT ERKLÄREN. Wenn ein Bundespräsident sagt: „Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten“, ist der Rücktritt die Funktion der Äußerung und zugleich ihre unmittelbare Folge.

Überredung und Information

Eine zentrale, wenn auch nicht die einzige Funktion politischer Sprache ist ‚Persuasion‘ (= Überredung). Sie bezieht sich auf alle Versuche, mit Hilfe sprachlicher Mittel die Meinungen und Einstellungen der Adressaten zu beeinflussen und Vertrauen in die Richtigkeit des Gesagten und den politischen Akteur zu schaffen. Da politische Kommunikation in demokratischen Staaten darauf zielt, Politik öffentlich zu machen, politisches Handeln zu legitimieren und Zustimmungsbereitschaft zu erhalten, ist es für die politischen Akteure unabdingbar, ihr sprachliches Handeln persuasiv auszurichten. Im Idealfall geht Persuasion dabei den Weg überzeugender Argumentation. Die persuasive Funktion findet sich beispielsweise in Debattenreden, politischen Talkshows oder auch in Wahlslogans. Da sich persuasive und informative Funktion oft vermischen, spricht man auch von der ‚informativ-persuasiven Funktion‘ politischer Sprache.

Die zentrale Rolle der informativ-persuasiven Funktion macht deutlich, dass Sprachhandeln in der Politik eng mit der Machtfrage verknüpft ist. Es geht um Deutungshoheit und Verwendungshoheit von Sprache. Denn Sprache ist ein Instrument zur Erlangung, Sicherung, Ausübung und Kontrolle von Macht. In einer freiheitlichen Demokratie ist die informativ-persuasive Funktion allerdings keine Einweg-Kommunikation. Sie kennt nicht nur die Kommunikationsrichtung Politikerinnen und Politiker – Bürgerinnen und Bürger, sondern lebt vielmehr auch von der aktiven politischen Partizipation der Bürger. Dazu gehören unter anderem die Beteiligung an Wahlen, die aktive Mitarbeit in Parteien oder Bürgerinitiativen, das regelmäßige Sich-Informieren als notwendige Voraussetzung und Grundlage politischen Handelns und die Fähigkeit und Bereitschaft zur politischen Diskussion.

Wenn auch der Sprache in der Politik eine entscheidende Rolle zukommt, so ist sie doch nicht die Politik selbst. Öffentlich-politische Kommunikation hat sehr viel mit der Erzeugung von Aufmerksamkeit zu tun und weniger mit den tatsächlichen Entscheidungen. Sie flankiert und ergänzt die Politik, sie organisiert und steuert die Bereitschaft, einer bestimmten Politik zuzustimmen. Wenn man Politik als „die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen“, definiert, dann wird nur ein – gleichwohl zentraler – Aspekt hervorgehoben, der auch als ‚Darstellungspolitik‘ bezeichnet wird. Darstellungspolitik ist eine auf die Öffentlichkeit ausgerichtete Politik, die zum größten Teil medienvermittelt ist. Ihr steht die Entscheidungspolitik gegenüber, die in der Regel nichtöffentlich stattfindet und die bestimmte Verfahren wie zum Beispiel das Gesetzgebungsverfahren beinhaltet. Auch in der Entscheidungspolitik spielt Sprache eine wichtige Rolle, da Entscheidungen erst einmal sprachlich vorbereitet und ausgehandelt werden müssen: etwa durch DISKUTIEREN, VERHANDELN oder FRAGEN und ANTWORTEN.

Rahmenbedingungen und Merkmale politischer Kommunikation

Öffentlichkeit und Massenmedialität

Mit dem Verweis auf die Darstellungspolitik sind auch schon zwei zentrale Rahmenbedingungen bzw. Merkmale politischer Kommunikation angesprochen, die einander bedingen: Öffentlichkeit und Massenmedialität.

Politische Kommunikation findet zu einem großen Teil öffentlich statt und wird über die Massenmedien Fernsehen, Presse, Rundfunk und Internet verbreitet. Die Öffentlichkeit als Grundprinzip und Voraussetzung freiheitlicher Demokratie hat einen unmittelbaren Einfluss auf das sprachliche Handeln, dessen spezifische Ausprägungen in der heutigen Zeit wesentlich von den Massenmedien mitbestimmt werden. Als Folge von Öffentlichkeit und Massenmedialität ist sprachliches Handeln oft ‚mehrfach adressiert‘, also an mehrere Personengruppen gleichzeitig gerichtet. So kann sich beispielsweise eine Rede im Bundestag gleichzeitig an die Mitglieder der eigenen Partei, an die Mitglieder der anderen Parteien und an die Bürgerinnen und Bürger richten.

Die massenmediale Ausrichtung politischer Kommunikation bringt zudem spezifische mündliche Interaktionstypen hervor. Der heutige Prototyp eines solchen Interaktionstyps ist die im Fernsehen ausgestrahlte politische Talkshow. Sie bietet den politischen Akteuren Gelegenheit, sich vor einem Millionenpublikum dem politischen Wettbewerb zu stellen, eigene Positionen zu vermitteln und sich als Person zu profilieren. [...]

Die Ausrichtung auf ein Massenpublikum hat zur Folge, dass politisches Sprachhandeln inszeniert wird. Die Teilnehmer einer politischen Talkshow kommunizieren faktisch mit zwei Personengruppen bzw. Adressaten. Erstens kommunizieren sie direkt mit den anderen Gästen bzw. der Moderatorin oder dem Moderator. Zweitens kommunizieren sie indirekt aber auch mit den Fernsehzuschauern. Es entstehen somit zwei Kommunikationsebenen, die den ‚Inszenierungscharakter‘ politischen Sprachhandelns deutlich machen. Was auf der ersten (inszenierten) Ebene als Diskussion erscheint, stellt sich auf der zweiten Ebene als Persuasion der Öffentlichkeit dar. Der Einfluss der Massenmedien auf politisches Handeln wird oft auch kritisch mit den Stichworten ‚Politainment‘ oder ‚Mediokratie‘ umschrieben. Politik als Unterhaltung und die Dominanz der Medien bestimmen die Politikvermittlung und damit die Art und Weise, wie Bürger Politik wahrnehmen. [...]

Quelle: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [11.12.2018].

Die Infobox befindet sich auf der nächsten Seite.

INFOBOX

Bundestag: Pendant zum österreichischen Nationalrat

freiheitliche Demokratie: betont, dass die bürgerlichen Grundrechte, wie etwa das Wahlrecht, Meinungs-, Versammlungs- oder Pressefreiheit etc., und Rechtsstaatlichkeit in vollem Umfang gewährleistet sind

Thema 3: Entscheidungen treffen

Aufgabe 2

Nudging

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Sie befassen sich im Unterricht mit dem Themenbereich *Verhaltenspsychologie*. Für Ihre Mitschüler/innen bzw. Ihre Kurskolleginnen und -kollegen fassen Sie einen Artikel über *Nudging* zusammen.

Lesen Sie den Artikel *Nudging: Anstupsen für den guten Zweck* von Kathrin Burger von der Website *Spektrum.de*, veröffentlicht am 9. Juni 2015 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Geben Sie wieder, wie Cass Sunstein und Richard Thaler den Begriff *Nudging* verstehen.
- Erschließen Sie im Artikel angeführte Argumente der Befürworter/innen und Kritiker/innen dieser Methode.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Gesundheitspolitik

Nudging: Anstupsen für den guten Zweck

Falsche Ernährung, Rauchen, verschwenderischer Konsum – Laster der Neuzeit. Darf der Staat seinen Bürgern mit Methoden aus dem Marketing zu besseren Entscheidungen verhelfen?

Von Kathrin Burger

Der eine nimmt sich im neuen Jahr vor, gesünder zu essen, der andere will in der Fastenzeit weniger Plastikmüll produzieren, der Dritte sich mehr bewegen. Doch jeder, der sein Verhalten ändern, also lange gehegte Gewohnheiten durchbrechen will, merkt bald, wie schwer das ist. Es reicht eben nicht das Wissen darum, dass Junkfood und Stubenhockerei schlecht für das Herz sind und der Plastikmüll zunehmend die Weltmeere verschmutzt: An jeder Ecke eine Frittenbude, die Städte zubetoniert, jedes Produkt zweimal verpackt – all das vereitelt viele gute Vorsätze.

Und doch sind Zivilisationskrankheiten und Umweltverschmutzung drängende Probleme, die der Politik Kopfzerbrechen bereiten. [...]

Nudging bedeutet so viel wie „sanft anstupsen“. Die US-Forscher [Cass Sunstein und Richard Thaler] meinen, man müsste die Menschen mit Hilfe von Anreizen dazu bringen, dass sie weniger Risiken eingehen, bessere Alternativen wählen und damit gesünder und glücklicher sind. Dabei

soll die Umwelt so gestaltet werden, dass sich zwar die Wahlmöglichkeiten verändern, diese aber nicht eingeschränkt werden wie bei Verboten. Es ist also möglich, ein anderes, ungesundes Verhalten zu zeigen, dafür muss man aber aktiv werden, sich aus seiner Komfortzone herausbewegen. Nudging überredet und verbietet also nicht. Zudem darf es den Bürger, egal welche Wahl er trifft, nichts kosten. [...]

Hilfe zur Entscheidungshilfe

Tatsächlich ist die moderne Welt so kompliziert, dass Verbraucherschützer dringend Entscheidungshilfen anmahnen. Allein in Supermärkten gibt es 25 000 Lebensmittel [...]. Dass wir hier anstatt zum Schokoriegel zum Apfel greifen, das wünschen sich Public-Health-Experten und Politiker, schließlich belasten kranke Menschen das Gesundheits- und Sozialsystem – so wird gerne argumentiert.

Eine Idee ist etwa: In Schulcafeterias oder Kantinen sollten Obst und Gemüse besser platziert sein, damit sich die Menschen gesünder ernähren. [...] Auch die Raucherzonen in Restaurants oder öffentlichen Gebäuden sind eine

Form des Nudging: Rauchen wird nicht verboten, die Menschen müssen jedoch in einen bestimmten Raum oder gar ins Freie gehen, um ihrer Sucht zu frönen. Bewiesenermaßen senken solche „Nudges“ den Zigarettenkonsum und verbessern damit die öffentliche Gesundheit. [...]

30 Jahre Verhaltensforschung haben gezeigt, dass Nudging – zumindest im Experiment – funktioniert. Denn es spricht vor allem das so genannte impulsive System an. Das ist eine Art Autopilot, arbeitet schnell und ohne Anstrengung. Das reflexive System braucht dagegen die Ratio, die Abwägung, und ist darum träge. Jegliche Entscheidungsprozesse werden über diese zwei Systeme gesteuert. Informationskampagnen wie „Fünf-am-Tag“, die Ampel-Kennzeichnung oder eine Fettsteuer zählen dagegen zu den expliziten Interventionen, die das Gehirn fordern. So weit die Theorie. Ob sich das Anstupsen auch in der Praxis beweisen kann, ist noch ungewiss. [...]

Interventionen verfehlen ihr Ziel

Klar ist hingegen, dass explizite Interventionsmöglichkeiten nicht oder nur in geringem

Ausmaß ihr Ziel erreichen. So fühlen sich manche Menschen etwa durch einen roten Ampelpunkt auf der Schokoladenpackung oberlehrerhaft behandelt und greifen erst recht zu. In Ländern mit einer Fettsteuer wie Dänemark veränderte die Preissteigerung auf Wurstwaren und Fritten nicht das Essverhalten. Auch die „Fünf-am-Tag“-Kampagne hat laut einer Übersichtsstudie aus dem Jahr 2014 kaum den Gemüse- und Obstverzehr der Bevölkerung steigern können. Warum ist das so? Sunstein und Thaler sind davon überzeugt, dass menschliche Entscheidungen im modernen und komplizierten Alltag immer fehlerbehaftet sind. Denn das Gefühl mische sich bei der Ratio ein, das sei schwer veränderbar. Der Schokoriegel an der Tankstellenkasse verführt einfach zur schnellen Bedürfnisbefriedigung, mögliche Schäden in der Zukunft werden ausgeblendet.

Doch es gibt auch Kritiker der Methode. Für Gerd Gigerenzer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung etwa ist Nudging nichts anderes als der Versuch, die Schwächen der Menschen auszunutzen. Seiner Meinung nach müsse man vielmehr die Verbraucher in die Lage versetzen, gute Entscheidungen zu fällen, etwa durch Verbraucherbildung in der Schule und später – in Fachkreisen spricht man von „Risikomündigkeit“. „Ich habe nichts gegen ein bisschen Nudging, aber das kann nicht unser einziges Ziel sein“, sagt der Wissenschaftler.

Alena Buyx, Medizinethikerin an der Universität Kiel, gibt ihrem Kollegen zwar Recht, dass Bildung der Schlüssel zu einem guten Gesundheitsverhalten ist. „Allerdings ist es sehr schwierig, das auf breiter Ebene anzugehen und zu verändern“, meint sie. Sie hält daher kurzfristig gesehen das Nudging für einen guten und innovativen Weg, etwa das Übergewicht einzudämmen – „damit sich das nicht irgendwann zu einer Public-Health-Katastrophe ausweitet“.

Oft wurde Sunstein und Thaler auch vorgeworfen, das Anstupfen sei manipulativ und führe in einen bevormundenden Staat. Die Wissenschaftlerin Buyx hält diesen Vorwurf jedoch für übertrieben: „Das Nudging ist in jedem Supermarkt, an jeder Tankstelle schon längst Alltag, und zwar, um Produkte zu verkaufen. Darüber klärt keiner auf“, entgegnet sie. „Der Staat will diese Methode aber nutzen, um Menschen zu gesünderem Verhalten zu verhelfen, was die meisten ohnehin möchten, aber oft nicht schaffen. Die Methode kann zudem ganz transparent eingesetzt werden und wäre dann aus ethischer Sicht legitim.“ [...]

Doch die Skeptiker lassen nicht locker. So mahnen Daniel Hausman und Brynn Welch, Philosophen an der University of Wisconsin, der Verbraucher würde infantilisiert, er würde also zunehmend unbedachter wählen, weil sein Entscheidungsfindungssystem durch diese vom Staat verordnete

Erziehungsmaßnahme erlahme. „Das Gegenteil könnte der Fall sein“, meint [Muireann] Quigley [Medizinethikerin an der Universität Bristol]. Schließlich besagten Studien, dass das menschliche Gehirn nach langem Abwägen regelrecht ermüdet sei und daher bei folgenden Entscheidungen nicht optimal handle. Die Erleichterung vieler täglicher Entscheidungen durch eine anders gestaltete Umgebung könnte also dazu führen, dass mehr neuronale Kapazitäten frei werden, um klug zu handeln.

Nir Eyal, Bioethiker an der Harvard University, fügt noch einen weiteren Kritikpunkt dazu: „Nudging produziert in einigen Fällen Scham und Stigmatisierung.“ Etwa im Beispiel der Raucherzonen, aber auch, wenn Übergewicht bekämpft werden soll. Diese „psychischen Kosten“ müsste man bei der Etablierung bestimmter Nudging-Projekte berücksichtigen. Wenn diese Kosten zu hoch seien, wäre eine bestimmte Maßnahme nicht mehr vertretbar. Wie alle Interventionen, die auf Verhaltensänderung abzielen, ist also auch das Nudging nicht das Allheilmittel, das alle Probleme lösen kann. Die meisten Wissenschaftler plädieren darum für eine Kombination verschiedener Methoden. Sunstein sagte [...]: „Wichtig ist es, die Prinzipien von Transparenz und Neutralität einzuhalten. Dann kann Nudging ein sehr erfolgreiches Instrument sein, um das Glück der Bürger zu steigern. ■“

Quelle: <http://www.spektrum.de/news/nudging-darf-ein-staat-seine-buerger-zu-gesuenderem-verhalten-verhelfen/1349983> [15.11.2017].

INFOBOX

Sunstein, Cass ist ein US-amerikanischer Professor für Rechtswissenschaften an der Harvard University. Sein Tätigkeitsschwerpunkt liegt unter anderem auf einer verhaltensökonomischen Analyse des Rechts.

Thaler, Richard ist ein US-amerikanischer Wirtschaftsprofessor an der Booth School of Business der University of Chicago. Er erhielt 2017 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Studien zur Verhaltensökonomie.

Thema 2: Fotografieren

Aufgabe 2

Kriegsfotografie

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Im Rahmen eines Projekts zum Thema *Fotografie* an Ihrer Bildungsinstitution fassen Sie für die Projekt-Website einen Bericht über die Arbeit des Fotografen Simon Norfolk zusammen.

Lesen Sie den Bericht *Kriegsfotograf Simon Norfolk* von Wolfgang Popp von der Website *oe1.orf.at* vom 16. August 2016 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie, wie sich die Bedingungen für die Kriegsfotografie laut Simon Norfolk geändert haben.
- Geben Sie die Besonderheiten der Fotografie von Simon Norfolk und seine Intentionen wieder.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Kriegsfotograf Simon Norfolk

Von Wolfgang Popp

Der britische Fotograf Simon Norfolk bezeichnet sich ganz unverfänglich als Landschaftsfotografen, seine Bilder entstehen aber an den großen Kriegsschauplätzen der Welt: in Afghanistan genauso wie im Irak. „Mein Thema sind Schlachtfelder“, gibt Norfolk auch ganz unumwunden zu. Wie er diese Schlachtfelder inszeniert, das macht ihn allerdings zu einer Ausnahmeerscheinung in der Gegenwartsfotografie.

Doch so geschätzt und gefragt seine Bilder bei Sammlern und auch bei Museen sind, mit seinen kontroversiellen Ansichten macht sich Simon Norfolk nicht nur Freunde. Hierzulande waren Norfolks Bilder bereits im Kunst Haus Wien zu sehen, wo der Fotograf vor kurzem auch einen Workshop abgehalten hat.

Wie ein Gemälde von Claude Lorrain

Eine von Simon Norfolks bekanntesten Aufnahmen zeigt das Nordtor von Bagdad. Altorientalischen Vorbildern nachempfunden, hatte es Saddam Hussein errichten lassen, um seine Herrschaft an die der alten babylonischen Könige anzuschließen. Das Tor ist zerschossen und unweit davon liegt ein zerstörter Panzer im Sand. Was dieses Kriegsfoto aber ungewöhnlich macht, ist der Umstand, dass das gesamte Bildzentrum von einem Bach eingenommen wird, der im Schatten einer Baumgruppe friedlich dahinplätschert. Überhaupt wirkt das Ganze wie ein Landschaftsgemälde.

„Genauso war’s auch gedacht“, sagt Simon Norfolk und erzählt, dass er die romantischen Maler von Claude Lorrain bis Nicolas Poussin im Gepäck hatte, als er in den Irak und nach Afghanistan fuhr: „Das waren die ersten Künstler, die Ruinen malten, und damit auch die ersten, die sich gegen den Imperialismus ihrer Regierungen wandten. Denn diese Bilder erzählten doch, dass selbst die mächtigsten Reiche auch wieder untergegangen sind. Deshalb wollte ich in genau diesem Stil fotografieren. Die afghanische Landschaft sollte aussehen wie ein Gemälde von Claude Lorrain. Auch weil die Leute, die Afghanistan für eine verwüstete Wildnis halten, mit so einem Afghanistan-Bild überhaupt nicht rechnen.“

Heute ein Anachronismus

Man merkt schnell, dass Simon Norfolk mit der heutigen Kriegsfotografie seine Probleme hat. Ein Anachronismus sei sie, meint Norfolk, weil sie in den 30er- und 40er-Jahren entstanden sei, im Spanischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg. Damals haben Robert Capa und seine Kollegen mit den damals neuen und handlichen Kleinbildkameras mit schnellen Verschlusszeiten und Schwarzweiß-Film fotografiert. Da entstanden dann aus nächster Nähe intensive Bilder voller Gewalt. Was damals gut funktionierte, weil sich noch tatsächlich Soldaten auf den Schlachtfeldern gegenüberstanden.

„Das Problem ist, dass die Kriege heute von Drohnen gefochten werden, dass es psychologische Kriegsführung gibt und man den Gegner besiegt, indem man in seine Computersysteme Viren einschleust“, so Simon Norfolk. „So etwas lässt sich nicht auf Capas alte Art mit einer Leica auf 35-Millimeter-Film bannen. Und trotzdem halten die meisten Fotografen daran fest und gewinnen auch noch den World Press Award mit Bildern von Soldaten, die mit Gewehren aufeinander schießen.“

Damit Krieg nicht zur Privatsache wird

Was aber bedeutet das für Fotografen? Sollen sie den Kampfplatz anderen kampflos überlassen? Simon Norfolk: „Wir müssen Fotos vom Krieg machen. Für die öffentliche und demokratische Debatte ist es ganz wichtig, dass diese Themen angesprochen werden. Krieg wird sonst zu einer Privatsache, die von einer Handvoll Generälen und Politikern betrieben wird. Dass Dinge unsichtbar werden, nur weil sie sich schwierig darstellen lassen, halte ich für genauso gefährlich wie eine Diktatur. Es ist nicht unmöglich, die richtigen Bilder zum Thema Krieg zu finden, es ist nur so richtig schwierig, aber verdammt, das ist nun mal unsere Arbeit.“

Schlachtfelder sind seit 15 Jahren das große Thema Simon Norfolks. Auch das hat mit seinem Interesse an den Künstlern und Denkern der Romantik zu tun, denn genau wie jene fasziniert ihn das Konzept des Erhabenen, einer Ansicht, die einen gleichzeitig staunen und schauern lässt. Simon Norfolk: „Wo lässt sich heute noch diese Mischung aus Schönheit und Schrecken finden? Auf dieser gottlosen Welt sind es nur mehr die Orte, an denen man sehen kann, was eine moderne Militärmaschinerie aus Landschaften, Gebäuden und Menschen macht. Das sind Orte der Erhabenheit, an denen man sich vollkommen machtlos, allein und überwältigt fühlt. Denn hier steht man einer Schönheit gegenüber, die einen gleichzeitig nicht vergessen lässt, dass sie Körper zerriss, Kinder tötete und ganze Landstriche auslöschte.“

Tarnung Landschaftsfotograf

Obwohl der Krieg und seine Zerstörungen sein großes Thema sind, ist Simon Norfolk die Bezeichnung Kriegsfotograf unangenehm. Viel besser gefalle ihm da, sagt Norfolk mit einem ironischen Grinsen, das Etikett Landschaftsfotograf: „Mit dieser Bezeichnung bekomme ich weniger Probleme. Ich könnte mich auch Revoluzzer-Provokateur nennen, aber das wäre nicht sehr hilfreich, wenn ich das nächste Mal um eine Zugangsbewilligung für ein Militärcamp ansehe. Landschaftsfotograf hört sich hingegen harmlos an. Diese Bezeichnung ist wie eine Tarnung, weil ich damit für jemanden gehalten werde, der Ansichtskarten fotografiert.“

„Fotografie ist für mich keine Kunst“

Seine Bilder veröffentlicht Simon Norfolk auf verschiedene Weise. Als hochpreisige Drucke in niedriger Auflage werden sie von Sammlern und Museen wie etwa der Tate Modern angekauft. Daneben bringt Norfolk in regelmäßigen Abständen Bildbände heraus. Viel wichtiger ist ihm aber der freie und demokratische Zugang zu seinen Bildern, deshalb stellt er sie allen zugänglich auf seiner Website aus. Eine öffentliche Debatte auszulösen sei ihm auch viel wichtiger, sagt Simon Norfolk, als in Kunstkreisen diskutiert zu werden: „Ehrlich gesagt, und auch wenn mich das jetzt zu einem Ketzer macht, ist Fotografie für mich keine Kunst. Manche würden mich für diese Aussage wahrscheinlich steinigen, aber was soll ich machen. Ich halte Fotografie für ein Handwerk und für eine Sprache, aber ich bin mir nicht sicher, ob sie in Kunstgalerien gezeigt werden sollte.“

Das perfekte Licht

Dabei ist Simon Norfolk ein wahrer Zauberer, wenn es um das Einfangen von Lichtstimmungen geht. Kein Zauber, sondern perfekte Planung, winkt Simon Norfolk ab und verweist auf die pedantische Vorbereitung seiner Foto-Sessions, denn das perfekte Licht gibt es oft nur für wenige Minuten. Norfolk

greift da gerne auf Apps zurück, die für jeden Tag und jeden Ort der Welt die exakte Zeit von Sonnenaufgang und -untergang angeben und dazu den genauen Einfallswinkel der Sonne. Anhand dieser Angaben erstellt Norfolk seinen strikten Zeitplan, steht oft mitten in der Nacht auf, schläft dafür über Mittag, wenn es nur schlechtes Licht gibt, und steht dafür zur blauen Stunde und zur Abenddämmerung wieder mit seinem Fotoapparat parat. Der übrigens eine Digitalkamera ist.

Simon Norfolk: „Ich bin 2010 auf Digitalfotografie umgestiegen, als ich nach Afghanistan gegangen bin. Damals wollte ich auch in amerikanischen Militärlagern fotografieren, die wollten aber sofort Einsicht nehmen in meine Bilder, deshalb blieb mir gar nichts anderes über, als mit einer digitalen Kamera zu arbeiten. Ich kaufte mir also dieses unglaublich teure Gerät und jetzt muss ich sie verwenden, solange sie noch etwas wert ist. Deshalb bin ich bis heute nicht zur Analogfotografie zurückgekehrt.“

Historische Tiefenforschung

Mit seiner Kamera betreibt Norfolk nicht weniger als historische Tiefenforschung. Am liebsten an Orten, die einiges erlebt haben, wie Beirut, Jerusalem oder Auschwitz. Simon Norfolk: „Oft kommt es mir so vor, als wäre es diesen Orten ein Bedürfnis, ihre Geschichte zu erzählen, ja als wollten sie all das Gift herauswürgen, das sich in ihrer Vergangenheit angesammelt hat. Ich halte Orte und Landschaften deshalb auch für äußerst zuverlässige Quellen.“

Und so reist Simon Norfolk rund um die Welt als Sprachrohr für Orte, die im öffentlichen Diskurs nur mehr verkürzt auf ihre symbolhafte Wirkung oder Klischees vorkommen. Simon Norfolk: „Mein Job ist es eigentlich, Dinge auszugraben, den Staub herunterzublasen und dann diese Fundstücke herzuzeigen. Wahrscheinlich bin ich also gar kein Fotograf, sondern Archäologe.“

Quelle: <http://oe1.orf.at/artikel/448360> [11.12.2018].

INFOBOX

Analogfotografie: Im Gegensatz zur Digitalfotografie werden hier die Bildinformationen nicht auf einem elektronischen Speichermedium, sondern auf einem lichtempfindlichen (Film-)Material festgehalten, das anschließend noch fotochemisch entwickelt werden muss.

blaue Stunde: bezieht sich auf die besondere Färbung des Himmels während der Zeit der Dämmerung

Capa, Robert (1913–1954): US-amerikanischer Fotograf, der als Kriegsreporter bekannt wurde

Leica: erste serienmäßig hergestellte Kompaktkamera für das Kleinbildformat

World Press Award: gilt als bedeutendste internationale Auszeichnung für Fotojournalismus

Thema 3: Geschichte und Demokratie

Aufgabe 1

Projekt Europa

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Als Vorbereitung für eine Diskussion in Ihrer Klasse/Ihrem Kurs über die Europäische Union fassen Sie für Ihre Mitschüler/innen bzw. Ihre Kurskolleginnen und -kollegen einen Essay zu diesem Thema zusammen.

Lesen Sie den Essay *Was hält die Sterne Europas zusammen?* von Aleida Assmann aus der Schweizer Tageszeitung *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Mai 2019 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Fassen Sie die Lehren, die laut Aleida Assmann aus der Geschichte Europas gezogen wurden, zusammen.
- Geben Sie die Einschätzung der Autorin zum derzeitigen Zustand der Europäischen Union und ihre Schlussfolgerungen daraus wieder.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Hinweis: Die schweizerische Rechtschreibung des Originaltextes wurde beibehalten.

Kultur

Was hält die Sterne Europas zusammen?

Das Projekt EU ist handfest und übersichtlich: Es besteht nämlich nur aus vier Lehren, die die Mitgliedsstaaten gemeinsam aus ihrer Geschichte gezogen haben und die sie in der jetzigen Krise dringend brauchen.

Von Aleida Assmann

Über lange Zeit schien der Verbund der EU so stabil und dauerhaft zu sein wie das Symbol des Sternenkreises auf der blauen Fahne. Das war einmal. Der britische Stern verabschiedet sich seit längerem, andere Sterne wie Polen und Ungarn, aber auch Italien und Spanien geraten ins Schleudern. Das Symbol hat aus sich selbst heraus keine Bindungskraft. Umso dringlicher stellt sich die Frage, was die Sterne Europas eigentlich noch zusammenhält. [...]

Nach 1945 bestand die erste und wichtigste Lehre aus der Geschichte darin, den Krieg diesmal wirklich zu beenden. Das war nach dem Ersten Weltkrieg nämlich nicht gelungen, der zwar auf dem Schlachtfeld, aber nicht in den Köpfen und Herzen zu Ende gegangen war. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde vor allem in Deutschland ein „Mythos des Ersten Weltkriegs“ aufgebaut, der später zu einer wichtigen Stütze des NS-Staats wurde. Kein Wunder also, dass der Zweite Weltkrieg von deutschem Boden

ausging. Das Friedensprojekt, das sich die westeuropäischen Staaten nach 1945 ausgedacht haben, war im wahrsten Sinne des Wortes utopisch: Sie verwandelten „Schwerter“, nämlich Kohle und Stahl als die wichtigsten Rohstoffe der Kriegsindustrie, in „Pflugscharen“, indem sie sie zur Grundlage einer transnationalen Wirtschaftsgemeinschaft machten. So wurden aus Todfeinden dauerhaft friedlich kooperierende Nachbarn. Die zweite Lehre, das Freiheitsprojekt, war nicht weniger wichtig; ehemalige Diktaturen wurden mit Unterstützung der Alliierten in Demokratien verwandelt.

Die beiden Lehren der Friedenssicherung und der Demokratisierung kamen 1989 nach dem Sturz der Mauer und der Öffnung des Eisernen Vorhangs noch einmal zur Wirkung. Mit Beendigung des Kalten Krieges wurden weitere Diktaturen in Demokratien verwandelt und zu Mitgliedern in der EU. Es kamen aber noch zwei weitere Lehren dazu: eine neue selbstkritische Erinnerungskultur und die Aktualisierung der Menschenrechte. Da diese Lehren

gerade heute wieder von grösster Aktualität sind, sollen sie etwas ausführlicher zur Sprache kommen.

Nationen haben sich seit dem 19. Jahrhundert Symbole und Erzählungen zugelegt, die das Selbstbild der Gruppe stärken und deren Identität stützen. Dieses kollektive Gedächtnis vereinfacht die geschichtliche Komplexität und sieht alles aus einer einzigen, emotional besetzten Perspektive. Geschichte wurde im nationalen Gedächtnis deshalb stets auf einen ruhmreichen, ehrenwerten oder zumindest akzeptablen Ausschnitt beschränkt. Angesichts einer schuldhaften oder traumatischen Vergangenheit gab es üblicherweise überhaupt nur drei sanktionierte Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren konnte: die des Siegers, der das Böse überwunden hat, die des Widerstandskämpfers und Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat, und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und ihrer Perspektiven liegt, konnte gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines

akzeptierten Narrativs werden und wurde deshalb auf der offiziellen Ebene vergessen.

Genau das änderte sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, als die osteuropäischen Archive zugänglich wurden. Auf der Basis dieser Quellen entstand eine neue Geschichtsschreibung, die viele nationale Narrative erweiterte und das hervorbrachte, was man eine selbstkritische oder dialogische Erinnerungskultur nennen kann. Zum Beispiel war aufgrund neuer Dokumente über die Vichy-Regierung Frankreich nicht mehr nur eine Widerstands-Nation. Österreich konnte sich nach der Affäre um die NS-Vergangenheit des Präsidenten Kurt Waldheim nicht mehr als erstes unschuldig Opfer Hitlers behaupten [...].

Die vierte Lehre aus der Geschichte, die Menschenrechte, haben einen langen Stammbaum, der bis in die Aufklärung zurückreicht. Sie sind 1948 noch einmal in der UNO erneuert worden. Warum tauchen sie dann aber erst als vierte Lehre auf? Weil sie immer wieder neu erkämpft werden müssen und erst vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 1998 in der Folge der Balkankriege rechtswirksam umgesetzt wurden. In der Schlussakte von Helsinki 1975 verpflichteten sich auch die Ostblockstaaten, die Menschenrechte zu

achten. [...] Erst mit der Umsetzung der Menschenrechte wurde das Fundament eines neuen, gemeinsamen Europa gelegt. So begann eine Phase der Öffnung zwischen Ost und West, die der europäischen Einigung voranging und diese entscheidend vorbereitete. Nach 1989 sprach man von einer „neuen Ära der Menschenrechte“, die auf supranationaler Ebene verankert wurde und die in die DNA der Europäischen Union eingegangen ist.

Es ist wichtig, diese vier Lehren aus der Geschichte wieder in Erinnerung zu rufen, denn sie sind der Massstab, an dem die Nationen der EU heute gemessen werden. Dabei zeigt sich, dass sich das Rad der Geschichte gerade wieder zurückdreht und überstürzt vergessen wird, was in der EU gelernt worden ist. Anstelle einer selbstkritischen und dialogischen Erinnerungskultur werden heute in vielen Staaten Europas die alten Prinzipien eines monologischen Nationalstaats wieder eingesetzt, der auf Stolz und Ehre gegründet ist und selbstherrlich über seine Geschichte entscheidet, um die Ehre der Nation wider besseres Wissen und Gewissen zu verteidigen. In der EU gilt aber das genaue Gegenteil: Aufklärung, Bildung und Pressefreiheit sind Grundrechte in einem demokratischen Staat, denn aufgeklärte Bürger schwächen die Nation

nicht, sondern stärken sie.

[...] Der europäische Traum ist nichts Vages, sondern hat klare Konturen angenommen in den Lehren, die die EU aus ihrer Geschichte gezogen hat. Dieses Projekt ist der Kompass für die Orientierung in der gegenwärtigen Krise. Aber erst wenn wir die Lehren kennen, können diese auch die Form eines Bekenntnisses annehmen: Das ist unsere Geschichte, daran wollen wir uns messen lassen, das wollen wir auch in Zukunft umsetzen. Die Einbunkerung in einer nostalgisch verklärten nationalen Vergangenheit ist keine Lösung, wir müssen im Gegenteil lernen, das, was wir besitzen, zu teilen, die Erfahrungen und Standpunkte anderer anzuerkennen, um für neue globale und ökologische Herausforderungen konstruktive Lösungen zu finden, wenn wir in Europa und der Welt Frieden bewahren und eine gemeinsame Zukunft haben wollen. So können wir die Sterne Europas wieder zum Leuchten bringen.

Aleida Assmann (1947) ist eine deutsche Anglistin, Ägyptologin und Literatur- und Kulturwissenschaftlerin. Zuletzt veröffentlichte sie „Menschenrechte und Menschenpflichten“ sowie „Der europäische Traum“. ■

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 19. Mai 2019, S. 61.

INFOBOX

Narrativ: eine Erzählung oder Darstellung, die benutzt wird, um Werte und Normen einer Gesellschaft oder einer historischen Periode zu erklären oder zu rechtfertigen

Schlussakte von Helsinki: Am 1. August 1975 unterzeichneten Vertreter von 35 Staaten des West- und Ostblocks die Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) in Helsinki.

Vichy-Regierung: französische Regierung im unbesetzten südlichen Teil Frankreichs von 1940 bis 1944 mit Sitz in Vichy, die mit den nationalsozialistischen Besatzern im restlichen Teil Frankreichs kollaborierte

Thema 2: Autoritäten

Aufgabe 2

Autorität und Schule

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Als Vorbereitung für eine Diskussion in Ihrer Klasse bzw. in Ihrem Kurs zum Thema *Autorität und Schule* fassen Sie für Ihre Mitschüler/innen bzw. Kurskolleginnen/Kurskollegen ein Interview zusammen.

Lesen Sie das Interview *Die schwache Autorität der Schule* mit Roland Reichenbach aus der Wochenzeitung *Die Furche* vom 22. September 2011 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie, was Roland Reichenbach unter Autorität versteht und welche Merkmale er ihr zuschreibt.
- Geben Sie wieder, welche Herausforderungen laut Reichenbach heute mit dem Konzept *Autorität* verbunden sind.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Die schwache Autorität der Schule

Der Baseler Pädagoge Roland Reichenbach über Autorität als Tauschprozess in der Schule – und die abnehmende Loyalität der Eltern mit den Lehrern.

Interview: Doris Helmberger

Die Klage über die abnehmende Disziplin der Schülerinnen und Schüler und ihre schrumpfende Akzeptanz jeglicher Formen von Autorität ist Teil jeder Schuldebatte. Mit Recht? Roland Reichenbach, Pädagogik-Professor an der Universität Basel und Autor des Buches „Pädagogische Autorität“, nimmt im FURCHE-Interview dazu Stellung.

Die Furche: *Autorität ist ein Reizthema – in der Pädagogik wie überall sonst. Woher kommt diese Emotionalität in der Debatte?*

Roland Reichenbach: Im deutschsprachigen Bereich hat es viel mit der deutschen Geschichte zu tun. Dazu kommt allgemein, dass Autorität eine asymmetrische Beziehung bezeichnet und wir es uns in demokratischen Verhältnissen angewöhnt haben, Beziehungen immer symmetrisch zu denken – und sie auch so zu bezeichnen: Unterebene heißen etwa nicht mehr Unterebene, sondern Mitarbeiter. Es ist wichtig und eine Frage des Anstands, dass man Befehls- und Gehorsamsstrukturen kaschiert und inferiore oder superiore Positionen verschleiert. Diese Leitmoral übertragen wir auch auf die Pädagogik, wo wir es uns angewöhnt haben, von Partnerschaftlichkeit,

Gemeinsamkeit und Partizipation zu reden – wobei es hinter diesem offiziellen Diskurs eben auch eine andere Realität gibt. Und zweitens ist Autorität ein Reizthema, weil man vielfach glaubt, dass sie vor allem mit Macht und Machtmissbrauch zu tun hätte und nicht einfach nur eine wechselseitige Abhängigkeit bedeuten würde.

Die Furche: *Inwiefern ist der Lehrer von den Schülern abhängig?*

Reichenbach: Er hängt von ihrem Goodwill und ihrer Zustimmung ab. Ein Autoritätsverhältnis ist immer ein Tauschverhältnis, und wenn man Kindern gegenüber Respekt und Interesse zeigt, ist das schon ein gutes Angebot. Natürlich ist die Idee, dass man durch Motivation und Psychologie ein Klima schafft, in dem alle völlig interessiert sind, eine totale Illusion. Und trotzdem gibt es ein Klima, das mehr oder weniger förderlich ist. Wenn wir uns etwa an die „Rütli-Schule“ erinnern (*2006 hatten Lehrer dieser „Problemschule“ im Berliner Bezirk Neukölln mit öffentlichen Schilderungen ausufernder Schüler-Gewalt für Diskussionen gesorgt, Anm.*), so haben die Schüler dort in Fernseh-Interviews deutlich gemacht, dass sie sich von dieser Gesellschaft überhaupt nichts mehr erwarten. Warum sollten sie sich also anstrengen? Eine Autorität hat

dann Macht, wenn sie Belohnung glaubhaft in Aussicht stellen kann: in Form von Anerkennung, guten Noten, Lehrstellen etc. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann wird es schwierig.

Die Furche: *Über Disziplinprobleme wird aber nicht nur an Schulen in sozialen Brennpunkten geklagt. Entsprechend hohe Wellen hat 2006 Bernhard Buebs Streitschrift „Lob der Disziplin“ [...] geschlagen ...*

Reichenbach: Das Buch selbst finde ich problematisch, weil es viele prekäre Aussagen enthält. Aber es war ein Tabubruch, weil sich die Erziehungswissenschaft lange Zeit überhaupt nicht mehr mit Autorität beschäftigt hat, und wenn, dann nur negativ. Was aber Autorität im positiven Sinn bedeutet, nämlich als Merkmal einer Beziehung, die gekennzeichnet ist von Anerkennung, darüber hat man nicht gesprochen. Jetzt sehen aber viele Menschen mit Unbehagen, dass die Autorität der Institutionen, unter anderem jene der Schule, eindeutig geschwächt ist. Und das wirkt sich auch auf die Autorität der einzelnen Lehrpersonen aus. Sie fühlen sich ja auch von den Eltern nicht mehr als Autorität anerkannt: In der Schweiz sind etwa die Eltern einer der Hauptgründe, warum Grundschullehrerinnen ihren Beruf an den Nagel

hängen. Als Klischee könnte man es so ausdrücken: Früher wurde das Kind in der Schule vom Lehrer geschlagen und dafür zu Hause noch einmal geprügelt. Heute wird das Kind in der Schule kritisiert – und der Reflex der Eltern lautet: So darf man nicht mit unserem Kind umgehen! [...]

Die Furche: *Kann man auch lernen, Autorität auszustrahlen?*

Reichenbach: Sagen wir es so: Es gibt viele Quellen von Autorität: Wissen ist so eine Quelle, oder Authentizität, oder Organisations-talent. Umso wichtiger ist es für die Lehrperson, herauszufinden, wo sie wirklich stark ist – und wo nicht.

Die Furche: *Gibt es typische Persönlichkeitsmerkmale von Lehrern mit Autorität?*

Reichenbach: Nein. Die Persönlichkeit eines Lehrers ist zwar insgesamt wichtig. Doch im Rahmen von Forschungen, bei denen 300 „Best Practitioners“ unter die

Lupe genommen wurden, hat man keinerlei gemeinsames Persönlichkeitsprofil entdeckt. Man kann also auf unterschiedlichste Art und Weise ein sehr guter Lehrer oder eine sehr gute Lehrerin sein. Manche haben Extrovertiertheit als Stärke, bei anderen wird gerade ihre stille Art geschätzt. Es hat eher mit dem Selbstverständnis als Lehrperson zu tun, also mit der beruflichen Identität. [...]

Die Furche: *Und dann sollte Schule ganz nebenbei auch noch ein Ort sein, an dem Lernen Spaß macht ...*

Reichenbach: Das ist natürlich eine Illusion! Wenn Lernen Spaß macht, ist es gut. Aber erstens kann man Spaß nicht erzwingen, und zweitens ist Lernen in vielerlei Hinsicht eine schwierige, mühsame Angelegenheit. Und das wird heute oft etwas diffamiert. In der Schule gibt es nun einmal Allgemeinbildung und Schulpflicht, alle sollen mit allem in Berührung kommen. Die lange Schulzeit kommt noch dazu: Vor hundert Jahren gingen

die Leute sechs Jahre in die Schule, heute sitzen wir ewig hier und müssen Scheine machen. Nicht zuletzt beginnt auch die Geschlechtsreife immer früher: Vor 200 Jahren lag sie bei Mädchen bei 18 Jahren, heute liegt sie bei elf Jahren. Wir haben Schülerinnen und Schüler, die sehen aus wie Frauen und Männer, aber werden behandelt wie Kinder. Das muss man alles mitbedenken, wenn man über Autorität in der Schule spricht. Andererseits ist es aber auch normal, dass Autorität in Frage gestellt wird. Das darf auch gar nicht anders sein, weil ein junger Mensch, der erwachsen werden will, sich von seinen Eltern befreien können muss. Dazu ist es aber wichtig, dass es Friktionen gibt. Wenn man nur auf Verständnis stößt, kann man seine Freiheit nicht praktizieren. Man braucht Grenzen, damit man sie überschreiten kann. Insofern ist Autorität in modernen Gesellschaften immer auch in der Krise, und das ist gut so. ■

Quelle: Die Furche, 22. September 2011, S. 22–23.

INFOBOX

offizieller Diskurs: hier vorherrschende öffentliche Meinung zu einem bestimmten Thema

Thema 2: Berufsperspektiven der Zukunft

Aufgabe 1

Trotz Fleiß kein Preis

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Im Rahmen eines Projekts zum Thema *Arbeitswelt(en)* an Ihrer Bildungsinstitution findet eine Diskussion zu sozialen Aufstiegschancen statt. Für die Teilnehmer/innen fassen Sie einen Bericht zusammen.

Lesen Sie den Bericht *Aufsteigen? Reich werden? Vergessen Sie's!* von Daniel Eckert und Holger Zschäpitz aus der Online-Ausgabe der deutschen Tageszeitung *Die Welt* vom 11. Juli 2017 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie die Veränderungen im Hinblick auf Aufstiegschancen laut Textbeilage.
- Geben Sie die wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Folgen dieser Veränderungen wieder.
- Nennen Sie in der Textbeilage angeführte Maßnahmen, die dazu geeignet sind, diesen Folgen entgegenzuwirken.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Soziale Unterschiede

Aufsteigen? Reich werden? Vergessen Sie's!

Das Versprechen, dass Leistung sich lohnt, gilt immer seltener. Eine neue Studie sieht die Stabilität der Gesellschaft bedroht, vor allem in den angelsächsischen Ländern – aber nicht nur dort.

Von Daniel Eckert und
Holger Zschäpitz

Es gibt sie noch, die Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär-Geschichten. Bill McDermott ist so ein Fall. Er schaffte es, als Spross einer New Yorker Arbeiterfamilie zum bestbezahlten Manager im Deutschen Aktienindex aufzusteigen. Mit einem Jahresgehalt von 14 Millionen Euro verdient der SAP-Chef in einem Monat so viel wie sein Vater im ganzen Leben.

Doch der 55-jährige McDermott ist eine Ausnahmeerscheinung. Und das nicht nur wegen seiner außergewöhnlichen Talente, die ihm schon früh eine Spitzenposition einbrachten. Auch der Lebensweg des Aufsteigers aus dem New Yorker Arbeiterviertel Queens scheint mehr und mehr zur Ausnahme zu werden.

Das Gefühl, dass die westlichen Gesellschaften ihr Aufstiegsversprechen nicht mehr halten, gibt es schon länger. In der Wissenschaft wird die Frage kontrovers diskutiert. Nun schlägt sogar eine Institution Alarm, die nicht im Verdacht steht, besonders sozial

bewegt zu sein: die Finanzindustrie.

Die britische Versicherungsgruppe Standard Life widmet dem Schwinden der sozialen Mobilität eine Studie. Die Ökonomen haben Hunderte Daten aus verschiedenen Staaten zusammengetragen. Sie zeigen, dass der gesellschaftliche Aufstieg so schwierig geworden ist wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Heute bestimmt das Elternhaus die Perspektiven, mehr denn je.

„Lotterie der Geburt“ haben die Experten ihre Publikation überschrieben und warnen davor, dass die Welt wertvolles ökonomisches Potenzial verschenkt. Mangelnde Aufstiegschancen tangieren nicht nur das Wirtschaftswachstum negativ. Auch die Gesellschaft als Ganzes wird instabiler.

Denn Ungleichheit, auch in ihrer produktiven Form, wird leicht unerträglich, wenn das Gefühl nicht mehr da ist, aus eigener Kraft den Sprung nach vorn zu schaffen. „In praktisch allen Ländern, für die Daten vorliegen, gibt es einen

klaren Zusammenhang zwischen den eigenen Einkommensaussichten und dem Einkommen der Eltern“, sagt Jeremy Lawson, Chefökonom bei Standard Life und Autor der Studie.

Immerhin gebe es erhebliche Unterschiede von Land zu Land. Eine besonders ausgeprägte Korrelation hat Lawson für Großbritannien, Italien, die USA und Frankreich identifiziert.

„In diesen Ökonomien vererbten sich die Gehaltsunterschiede zu mehr als 40 Prozent auf die nächste Generation.“ Das heißt: Die Chancen, wie McDermott als Arbeiterkind zum Vorstandsvorsitzenden aufzusteigen oder auf andere Weise wohlhabend zu werden, sind zunehmend gering.

In den USA wurde daher eigens eine wissenschaftliche Kommission zur Chancengleichheit ins Leben gerufen, die gleich mit einer dystopischen Zahl für Aufsehen sorgte, nämlich 50 Prozent. Nur noch jeder zweite 30-Jährige verdient heute mehr als die eigenen Eltern, als sie im gleichen Alter waren.

Das steht in einem starken Kontrast zur „goldenen Ära“ der sozialen Aufstiegsmöglichkeiten. Noch in den 1980er-Jahren, als also die zwischen 1950 und 1960 Geborenen 30 wurden, lag der Anteil bei 80 Prozent. Dieses generelle Aufstiegsversprechen, dass es der kommenden Generation stets besser als der vorhergehenden geht, gilt so nicht mehr.

Zu den problematischen Ländern zählt Großbritannien, das Land des Brexit-Votums. Auf der Insel hat die Social Mobility Commission im vergangenen Jahr festgestellt, dass die Leiter des sozialen Aufstiegs kaputt sei: „broken“. [...]

Keine westliche Gesellschaft weist heute noch vergleichbar hohe Werte für soziale Aufstiegsmöglichkeiten auf wie vor 30 Jahren. Doch nicht überall sieht es so deprimierend aus wie in den USA, in Großbritannien oder in Italien. In den skandinavischen Volkswirtschaften, in Deutschland und in Kanada ist der Einfluss des Elternhauses dagegen merklich kleiner. Aber auch hier lässt sich die Macht der Geburtslotterie messen, sagt Lawson.

Länder mit geringerer Einkommensmobilität (Kinder spielen in der gleichen Einkommensliga wie die Eltern) fallen oft durch ein höheres Maß an Ungleichheit insgesamt auf. [...]

Aus Sicht der ärmeren Menschen ist das ein doppelter Schlag. Denn es bedeutet: Nicht nur ihre

Chancen aufzusteigen sind geringer, auch die Vermögensunterschiede sind größer, und die Aussichten, die Lücke zu verkleinern, sind mager.

Aus Sicht der Wissenschaftler ist soziale Mobilität eine der wichtigsten Determinanten für wirtschaftlichen Erfolg. Zwischen Aufstiegsmöglichkeiten und wahrgenommener Ungleichheit besteht ein komplexer, keineswegs trivialer Zusammenhang.

Auf der einen Seite schwindet aktuell die Akzeptanz der Menschen für Ungleichheit. Auf der anderen Seite ist die Wahrnehmung aber teils auch verzerrt: Menschen machen zunehmend Ungerechtigkeiten aus, die so gar nicht existieren.

Dabei ist ein gewisses Ausmaß an Ungleichheit unerlässlich für eine dynamische Wirtschaft. Nur wer den Anreiz sieht, für Leistung auch entsprechend belohnt zu werden, wird ins Risiko gehen.

„Gemessen an den Bruttolöhnen ist die Ungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen“, erklärt Jörg Krämer, Chefvolkswirt der Commerzbank. Wegen der sehr guten Lage am Arbeitsmarkt hätten gering qualifizierte Arbeitnehmer einen Teil der vorherigen Einkommensverluste aufgeholt. „Wenn viele Menschen trotzdem eine wachsende Ungleichheit wahrnehmen, liegt das vermutlich an der zunehmenden sozialen Separierung.“

Separieren heißt: Familien mit überdurchschnittlichen Einkommen ziehen sich in sogenannte gute Stadtviertel zurück, nicht zuletzt, um ihren Kindern bessere Schulen bieten zu können. Dagegen nehmen die Probleme in den anderen Stadtvierteln zu, die Kinder dort haben schlechtere Bildungs- und wohl auch Berufschancen.

Experten sind sich einig, dass die soziale Mobilität eine der Schicksalsfragen im Zeitalter der Digitalisierung ist. Je mehr die Gesellschaften und Arbeitswelten technisiert werden, desto stärker ist eine Volkswirtschaft auf mobile Arbeitnehmer angewiesen. Am aussichtsreichsten erscheinen also Investitionen in Bildung.

„Der Staat muss endlich dafür sorgen, dass er gute Bildung nicht nur Kindern bietet, deren Eltern sich Wohnungen in guten Vierteln leisten können“, sagt Krämer. Unter guter Bildung versteht der Ökonom keine Noteninflation oder das Abitur für alle. Eine übertriebene Akademisierung helfe nicht weiter.

„Vielmehr brauchen wir ein differenzierendes Schulsystem, dessen Abschlüsse wegen ihrer Qualität bei den Arbeitgebern anerkannt werden. Nur wenn die staatlichen Schulen das wieder leisten, hört die Flucht an die Privatschulen auf, an denen Kinder aus bildungsfernen Haushalten unterrepräsentiert sind.“

Die Forscher der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) haben festgestellt, dass die Politik früh aktiv werden muss, um die soziale Mobilität wieder in Gang zu bringen.

„Staatliche Fördermaßnahmen schon im Kindesalter können einen Beitrag zur sozialen Mobilität leisten [...]“. [...] ■

Quelle: <https://www.welt.de/wirtschaft/article166520119/Aufsteigen-Reich-werden-Vergessen-Sie-s.html> [24.07.2020].

Hinweis: Die Zwischenüberschriften des Textes wurden entfernt.

INFOBOX

dystopisch: *hier* in eine bedrohliche, negative Zukunft weisend

SAP: großes deutsches Softwareunternehmen

Thema 3: Bewegung

Aufgabe 1

Kultur des Gehens

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Im Rahmen eines Projekts im Deutschunterricht zum Thema *Fortbewegung im Wandel der Zeit* fassen Sie den Feuilletonbeitrag *Gehend den Geist beflügeln* für die Projektbroschüre zusammen.

Lesen Sie den Feuilletonbeitrag *Gehend den Geist beflügeln* von Michael Krassnitzer aus der Wochenzeitung *Die Furche* vom 28. April 2016 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie, welche Wirkungen dem Zu-Fuß-Gehen laut Textbeilage zugeschrieben werden.
- Geben Sie wieder, wie sich der Stellenwert des Zu-Fuß-Gehens verändert hat.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Gehend den Geist beflügeln

Loblied auf die Kultur des Zu-Fuß-Seins: Warum gerade Dichter und Denker das Flanieren, Spazieren und Wandern beschwören.

Von Michael Krassnitzer

[...]

Sören Kierkegaard war ein leidenschaftlicher Spaziergänger. Gehen war ihm eine Quelle von Inspiration und Kraft: „Ich bin zu meinen besten Gedanken gegangen, und ich kenne keinen Gedanken, der so bedrückend wäre, dass man ihn nicht gehend hinter sich lassen könnte.“ Der dänische Philosoph war beileibe nicht der einzige Geistesmensch, für den die Fortbewegung zu Fuß eine subjektive Notwendigkeit darstellte. Nicht nur Denker, sondern auch zahllose Literaten bekannten sich zu ihrer Passion, *per pedes* von einem Ort zum anderen zu streben. „Wenn ich nicht schnell und weit gehen könnte, würde ich explodieren und sterben“, bekräftigte Charles Dickens. Und Henry David Thoreau war überzeugt: „Ich glaube, dass ich meine körperliche Gesundheit nur bewahre, indem ich täglich mindestens vier, gewöhnlich jedoch mehr Stunden damit verbringe, völlig frei von allen Forderungen der Welt durch den Wald und über Hügel und Felder zu schlendern.“ [...]

„Träumereien des einsamen Wanderers“

Gehen ist des Menschen ur-eigenste Art der Fortbewegung.

Zum Thema der Dichter und Denker wurde das Gehen erst, als es durch die Verbreitung neuer Transportmittel in der Epoche der Romantik seine Selbstverständlichkeit einbüßte. Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Hölderlin waren begeisterte Wanderer. Die englische Literatur würde ohne ihre passionierten Spaziergänger nur ein kümmerliches Dasein fristen: Robert Louis Stevenson, Sir Walter Scott, Jane Austen und die Brontë-Geschwister waren allesamt exzessive Geher. Gemeinsamer Urvater war Jean-Jacques Rousseau, jener Romantiker *avant la lettre*, der nicht zuletzt in den „Träumereien des einsamen Wanderers“ ein Zurück zur Natur predigte, auch wenn er diese Formulierung selbst nicht gebrauchte.

Glaubt man all den vorliegenden literarischen Zeugnissen, dann kommen mit dem Körper auch die Gedanken in Bewegung: Gehen als Quell von Erkenntnis, Sinn, Freude, Euphorie, Ekstase. Gehen ist jedoch mehr als ein Ansporn für große Gedanken und Gefühle. Es ermöglicht dem Gehenden auch eine andere, besonders intensive Wahrnehmung der durchgangenen Landschaft: Gehen ist also auch ein Akt der Erkundung, des Erforschens. „Wer glaubt, man sieht mit den Augen allein, irrt. Wer

ausschreitet, der lernt mit dem ganzen Körper zu sehen“, schreibt [Ilija] Trojanow. Bereits die englische Schriftstellerin Elizabeth von Arnim kam zu einem ähnlichen Befund: „Wandern ist die vollkommenste Art der Fortbewegung, wenn man das wahre Leben entdecken will.“ Mit dem Begriff „*dérive*“ hat Guy Debord eine – stark architekturtheoretisch geprägte – Strategie der spielerischen Aneignung einer Stadtlandschaft durch Fußgänger entworfen.

Spielerische Aneignung der Stadt

Die Zu-Fuß-Gehenden können ja mittlerweile in vier Gruppen eingeteilt werden: den Wanderer, der sich durch die freie Natur bewegt; den Spaziergänger, der seine Schritte auf Regionen gezähmter Natur beschränkt, etwa auf Parks, gepflegte Landschaften oder menschliche Siedlungen; den von Walter Benjamin ins Spiel gebrachten Flaneur, der durch die Straßen der Metropolen schweift; und schließlich jenen Namenlosen, der im Zuge seiner „*dérive*“ auch die Un-Orte der großstädtischen Landschaft und Peripherie *per pedes* erschließt.

Bis ins 20. Jahrhundert hinein schlug dem Wanderer häufig Misstrauen entgegen. Schließlich waren ja auch ungeliebte Gruppen

wie Diebe, Landstreicher, Bettler, Hausierer und diverse fahrende Völker zu Fuß unterwegs. Den englischen Dichtern der Romantik, schreibt Trojanow, wurde so oft Unterkunft und Essen verweigert, dass Percy Shelley vorschlug, sie sollten sich als Priester verkleiden. Als sie zu Fuß Los Angeles erkundeten, wurden Aldous Huxley und Ray Bradbury von der Polizei aufgefordert, sich auszuweisen. Dieser Argwohn gegenüber den Gehern hat sich heute ins Gegenteil verkehrt. Wandern und Spaziergehen sind im Zuge des grassierenden Gesundheitsfetischismus geradezu zu einem moralischen Imperativ geworden. Heute schlägt die Abneigung all jenen entgegen, die in der Stadt für kurze Strecken U-Bahn oder Bus benutzen, anstatt ihrer Gesundheit zuliebe zu Fuß zu gehen. Der Wanderwahn findet seine Entsprechung auch in der modernen Kleidung: „Man bekommt das Gefühl, dass ein großer Bergsteigerverein die Stadt besichtigt“, beschrieb Karl Lagerfeld den Anblick, der sich heutzutage auf den Trottoirs der Großstädte bietet. [...]

Thomas Bernhards Fußmärsche

Ja, es gibt sie, die Verächter des Wanderns, des Spazierens und des Flanierens. „Spaziergehen lähmt den Geist“, behauptet etwa Max Beerbohm: „Die Erfahrung lehrt mich, dass, egal wie amüsant oder lehrreich einer im Sessel sitzend oder vor dem Kamin stehend auch zu plaudern weiß, ihm diese Fähigkeit umgehend abhanden kommt, sobald er einen zu einem Spaziergang mitnimmt.“ Wobei gesagt werden muss, dass der britische Schriftsteller hier einer Verwechslung unterliegt. Gedanken beim Gehen im eigenen Kopf zu entwickeln ist etwas anderes, als beim Gehen andere an seinen Gedanken teilhaben zu lassen. Ein Mitwanderer, der ununterbrochen vor sich hinplappert, hat schon so manchen Marsch zur Tortur gemacht: Am schlimmsten sind jene, die ununterbrochen die Schönheiten der Landschaft kommentieren, anstatt diese für sich selbst sprechen zu lassen. Beerbohm hätte wohl besser einmal einen Spaziergang mutterseelenallein unternehmen sollen. Dass dies die ideale Form des Reisens zu Fuß ist, wusste schon sein Kollege

Robert Louis Stevenson: „Man sollte also, um sich recht daran erfreuen zu können, eine Wandertour allein unternehmen.“

[...] Thomas Bernhard war ein großer Geher, was naturgemäß Niederschlag in seinem Werk fand. In „Holzfällen“ berichtet der Erzähler, der stark autobiografisch gezeichnet ist, von langen nächtlichen Fußmärschen quer durch Wien, während denen er einst ununterbrochen Arien aus italienischen Opern schmetterte. Bernhard hat sogar eine Erzählung namens „Gehen“ verfasst, in der er auch den Zusammenhang von Gehen und Denken abhandelt, was in der Feststellung mündet: „Denn tatsächlich ist es nicht möglich, längere Zeit zu gehen und zu denken in gleicher Intensität.“ Auf dem Höhepunkt des grandiosen Textes betritt eine der typischen Bernhard'schen Figuren während eines Spazieranges ein Bekleidungsgeschäft und verliert dort angesichts der vermeintlich miserablen Qualität der Stoffe den Verstand. Womit die These von der positiven Auswirkung des Gehens auf den Geist doch ein wenig relativiert wird. ■

Quelle: Die Furche, 28. April 2016, S. 3.

INFOBOX

avant la lettre: *hier* seiner Zeit voraus

Thema 2: Das Fremde und das Eigene

Aufgabe 2

Asyl

Schreiben Sie eine **Zusammenfassung**.

Situation: Sie befassen sich im Unterricht mit verschiedenen Arten von Migration und erhalten die Aufgabe, einen Text zum Thema *Asyl* für Ihre Mitschüler/innen bzw. Kurskolleginnen und -kollegen zusammenzufassen.

Lesen Sie den Artikel *Menschenrecht Asyl* von Hendrik Cremer aus der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10–11/2016 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie die Entwicklung des Asylrechts.
- Geben Sie wesentliche Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention wieder.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Menschenrecht Asyl

Von Hendrik Cremer

[...]

Blick zurück

Das Asylrecht ist eine der ältesten Institutionen der Menschheit. Der Begriff „Asyl“ stammt aus dem Griechischen und bezeichnete im Altertum einen unantastbaren Zufluchtsort unter der Herrschaft der Götter, an dem jede menschliche Herrschaft endete und damit auch das Recht der politischen Machthaber, einen Menschen mit Zwang festzunehmen. Das galt für jeden, der dort Zuflucht suchte, also auch für Straftäter.

In allen großen Religionen gibt es ähnliche Konzepte für die Gewährung von Zuflucht für Menschen in Not. So entwickelte etwa die christliche Kirche aus dem Gebot der *caritas* (Nächstenliebe) und *misericordia* (Barmherzigkeit) für sich das Recht, Menschen Asyl zu geben. Zwar hat dieses Recht, an dem sich die Staaten im Laufe der Geschichte immer wieder gestoßen haben, einen deutlichen Bedeutungsverlust erfahren. Gleichwohl gibt es nach wie vor Kirchengemeinden, die Schutz suchenden Menschen Asyl gewähren, etwa um sie vor dem Zugriff der Behörden für die Abschiebung in einen anderen Staat zu schützen.

Der erste Beleg für den Schutz von Menschen, die aus ihrem Heimatland in ein anderes Land geflohen sind, stammt aus dem 14. Jahrhundert vor Christus. In dem Vertrag zwischen dem König der Hethiter und dem Fürsten von Wiluscha heißt es: „Wenn ein Flüchtling aus deinem Land Hatti kommt, so gibt man ihn dir nicht zurück; aus dem Land Hatti einen Flüchtling zurückzugeben ist nicht rechtens.“ Beim Asylrecht im völkerrechtlichen Sinne ging es bis in das 20. Jahrhundert nicht um die Rechte von Flüchtlingen. Im Vordergrund stand vielmehr das Recht eines Staates, Zuflucht suchenden Menschen Sicherheit zu bieten und gegebenenfalls ein Auslieferungsersuchen des Verfolgerstaates abzulehnen. Seit der Aufklärung und der Französischen Revolution entwickelte sich dieses Recht der Staaten zu einer Institution des Schutzes für politisch Verfolgte vor Auslieferung.

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, als Millionen Menschen auf der Flucht waren, wurde der Schutz von Flüchtlingen zunehmend zum Gegenstand völkerrechtlicher Vereinbarungen und Aufgabenfeld internationaler Organisationen. Gleichwohl blieben die dahingehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten rudimentär: Nur wenige Staaten waren bereit, entsprechende Verpflichtungen im

Rahmen internationaler Abkommen einzugehen.

Jene Abkommen, die dennoch zustande kamen, waren zudem stets so konstruiert, dass sie sich im Wesentlichen auf einzelne Flüchtlingsgruppen beschränkten, die sich aufgrund bestimmter Ereignisse wie etwa der Verfolgung der Armenier in der Türkei, der Oktoberrevolution in Russland oder der Machtergreifung der Faschisten in Italien außerhalb ihres Heimatstaates aufhielten und auf Schutz in einem anderen Staat angewiesen waren. Die Flüchtlingsdefinitionen in den meisten völkerrechtlichen Vereinbarungen dieser Zeit dienten in erster Linie der Bestimmung des Mandats einer internationalen Organisation, der die Aufgabe übertragen wurde, sich um die jeweiligen Flüchtlingsgruppen zu kümmern, wie etwa dem Hohen Flüchtlingskommissar des 1920 gegründeten Völkerbundes.

Grundlagen des Asylrechts

Die Grundlagen für das internationale und europäische Flüchtlingsrecht, das individuelle, durchsetzbare Rechtspositionen zum Gegenstand hat, wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen. Die Weltgemeinschaft antwortete auf die Verfolgung von Millionen von Menschen während des Nationalsozialismus und das Leid der Flüchtlinge: Am

10. Dezember 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, in deren Artikel 14 auch das Recht auf Asyl aufgeführt ist: „Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.“

In der Folge entwickelte sich die Gewährleistung der Menschenrechte und damit der Schutz jedes einzelnen Individuums durch völkerrechtliche Verpflichtungen der Staaten zu einem der zentralen Aspekte des modernen Völkerrechts. Sowohl auf internationaler als auch auf regionaler Ebene wurden zahlreiche Menschenrechtsverträge geschaffen, die darauf abzielen, jeden Menschen im Hoheitsbereich der Vertragsparteien zu schützen, und individuelle, durchsetzbare Rechte garantieren, wie beispielsweise die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950.

Die hohe Anzahl von Flüchtlingen in Europa infolge von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinaus führte im Dezember 1950 zur Einsetzung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) durch die UN-Generalversammlung. Zu seinen Aufgaben gehört es, die internationale Flüchtlingshilfe zu koordinieren, gegebenenfalls auch selbst materielle Hilfe für Flüchtlinge zu organisieren und ihnen in Absprache mit den Zufluchtsländern durch das Ausstellen von Schutzbriefen

rechtlichen Schutz zu gewähren. Sein Mandat erstreckt sich auch auf sogenannte Binnenflüchtlinge, also Menschen, die etwa aufgrund eines Bürgerkrieges aus ihrem Heimatort fliehen, ohne dabei ihr Land zu verlassen.

Wenig später, im Juli 1951, wurde das „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ verabschiedet, das gewöhnlich als Genfer Flüchtlingskonvention bezeichnet wird und heute die Grundlage des internationalen Flüchtlingsrechts bildet. Die Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten, Flüchtlingen im Sinne der Konvention ein Aufenthaltsrecht und weitere Rechte zu gewähren. Galt die Konvention zunächst nur für Personen, die aufgrund von Ereignissen in Europa vor 1951 zu Flüchtlingen geworden waren, wurde durch das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1967 die geografische und zeitliche Beschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention aufgehoben. 146 Staaten sind dem Protokoll bis heute beigetreten.

Ein Flüchtling im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention ist laut deren Artikel 1 und dem besagten Protokoll eine Person, die sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung aus rassistischen Gründen oder wegen ihrer Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung außerhalb desjenigen Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz

dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.

Die zentrale Bestimmung der Genfer Flüchtlingskonvention ist das in Artikel 33 verankerte Gebot der Nicht-Zurückweisung (*Refoulement*-Verbot). Es verpflichtet die Staaten, niemanden an ihrer Grenze zurückzuweisen oder abzuschieben, der daraufhin gezwungen wäre, sich in einem Staat aufzuhalten, in dem er wiederum aus rassistischen Gründen, aufgrund seiner Religion, seiner Nationalität, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder aufgrund seiner politischen Einstellung von Verfolgung bedroht ist. Eine Zurückweisung oder Abschiebung in einen anderen Staat verstößt auch dann gegen Artikel 33, wenn nicht gewährleistet ist, dass die Schutzsuchenden von dort aus nicht weiter in den Verfolgerstaat abgeschoben werden („Kettenabschiebung“).

Bis heute wird der Charakter des Rechts auf Asyl als individuelles Recht infrage gestellt. Die Tatsache, dass es bereits 1948 in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aufgenommen wurde, sowie deren Wortlaut in Artikel 14 sprechen jedoch für ein

solches Verständnis. Bei der Genfer Flüchtlingskonvention und dem dazugehörigen Protokoll handelt es sich zudem um verbindliche völkerrechtliche Verträge,

die individuelle, durchsetzbare Rechtspositionen zum Gegenstand haben. Daher unterscheidet sich das Recht auf Asyl nicht von anderen menschenrechtlichen

Garantien; es steht vielmehr mit anderen Menschenrechten auf einer Stufe. [...] ■

Quelle: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10–11/2016, S. 40–44.

Thema 2: Demokratisches Handeln

Aufgabe 2

Medien im Wandel

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Für ein Projekt zum Thema *Medien im Wandel* fassen Sie für Ihre Mitschüler/innen bzw. Ihre Kurskolleginnen und -kollegen einen Sachtext zusammen.

Lesen Sie den Ausschnitt aus dem Sachtext *Medien und Gesellschaft im Wandel* von Heinz Bonfadelli, der auf der Website der deutschen *Bundeszentrale für politische Bildung* am 9. Dezember 2016 veröffentlicht wurde (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie zentrale Veränderungen im Bereich des Journalismus laut Textbeilage.
- Geben Sie die Diskussionen um den Bürgerjournalismus wieder.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Medien und Gesellschaft im Wandel

Von Heinz Bonfadelli

[...]

Medienwandel und Medienkrise

Jüngste Entwicklungen im Medienbereich geben Anlass zur Sorge, dass die Qualität der Medienberichterstattung in Gefahr ist. Warnende Stimmen sprechen sogar von einer Medienkrise. Im Printbereich wie im Rundfunk ist bei den Medienkonzernen seit längerem eine wachsende Medienkonzentration im Gange: Große Medienkonzerne werden immer dominanter. Parallel dazu verschieben sich die Werbeausgaben von der Presse ins Internet und die Zeitungsnutzung ist rückläufig. Auf der Ebene der Medienorganisationen hat dies nicht zuletzt zur Entlassung von Medienschaffenden, zur Verkleinerung der Redaktionen und zur Schaffung von kostengünstigeren Newsrooms geführt. Im Nachrichtenraum erfolgt die gemeinsame Produktion der Inhalte für die Print-Ausgabe und das Online-Angebot. Die Journalisten schreiben somit einen Artikel nicht mehr nur für die Zeitung, sondern erstellen gleichzeitig auch Online-Versionen oder Radio- bzw. TV-Beiträge. Dies hat nicht zuletzt zu einer Erhöhung des Zeitdrucks der journalistischen Arbeit geführt.

Aber die Medienkrise ist nicht nur eine Finanzierungs- und Krisenkrise, der Journalismus ist auch inhaltlich betroffen. Die Kommerzialisierung hat nicht nur zu einer Abnahme der Medienvielfalt geführt, sondern der wirtschaftliche Druck äußert sich ebenso in einer verstärkten externen Einflussnahme von Public Relations (Öffentlichkeitsarbeit) auf die Berichterstattung etwa als Gefälligkeitsjournalismus. Durch die Verwischung der Grenzen zwischen redaktionellem und Werbeteil [...] wird die journalistische Unabhängigkeit gefährdet.

Als Folge der Ökonomisierung sind zudem eine verstärkte Orientierung am Publikum und an dessen Wünschen zu konstatieren. Information und Unterhaltung sowie Öffentliches und Privates etwa von Politikern werden in der Berichterstattung vermischt, um diese interessanter zu machen. Die Medienkritik fokussiert hier unter den Stichworten „Personalisierung“ und „Infotainment“ zum einen auf die Boulevardpresse und zum anderen auf den Privatrundfunk. Beiden wird Populismus und mangelnde Unabhängigkeit sowie ein generell tiefes Qualitätsniveau vorgeworfen.

Analysen der Medienberichterstattung erkennen und kritisieren insbesondere einen Wandel der sog. Medien-Logik, d. h. der Art und Weise, wie Medien Ereignisse und Themen selektiv auswählen und darüber berichten: Der Journalismus, aber auch Public Relations, würden immer mehr Ereignisse als Media-Events selber inszenieren und fokussierten immer stärker auf Skandalisierung und Moralisierung einerseits sowie Personalisierung, Emotionalisierung und Intimisierung andererseits. Dabei würde bewusst das Bedürfnis des Medienpublikums nach Neugier und Voyeurismus bedient und bewirtschaftet im Sinne der Steigerung von Auflagen und Reichweiten.

Umgekehrt wird unter dem Stichwort Medialisierung diskutiert, dass nicht nur die Politik, sondern auch die übrigen Bereiche der Gesellschaft wie auch die Wissenschaft sich der Medien-Logik anpassen würden. [...]

Internet und Web 2.0 als Alternativen

Während die Bemühungen um Medienqualität auf bestehende Medienangebote von Presse und Rundfunk zielen, verstärkte sich in den letzten Jahren die grundsätzliche Kritik an den klassischen Massenmedien durch Anhänger und Vertreter der sog. neuen Medien. Für sie beschränkt der Journalismus der klassischen Medien die Meinungsfreiheit grundsätzlich und bevormundet das Publikum. Nach ihrer Meinung bietet sich das Internet wegen seiner Interaktivität an, wobei das Social Web mit seinen Diskussionsforen, Blogs und Twitter neue Möglichkeiten für alle Nutzer bereitstelle und so die Öffentlichkeit transparenter und egalitärer mache. Die „Konsumenten“ der klassischen Medien werden dabei unter dem Stichwort „Produser“ zu Produzenten in der Internetsphäre.

Allerdings werden diese Hoffnungen auf verstärkte Partizipation der Bürger durch das Internet kontrovers diskutiert. Betont wird etwa, dass auch im Internet die etablierten politischen Akteure – Stichwort „Twitter“ – und die mächtigen Wirtschaftsorganisationen dominieren würden. Zudem zeichnet die bisherige empirische Forschung ein eher ernüchterndes Bild, und zwar sowohl was die Qualität der Beiträge angeht als auch die politikorientierte interaktive Nutzung des Internets. [...] Darüber hinaus werden unter dem Stichwort „Shitstorms“ auch Schattenseiten des Social Web diskutiert, insofern als Reizthemen wie Flüchtlinge, Gleichstellung, Homo-Ehen etc. „mitunter hochemotionale Reaktionen auslösen und eine echte Debattenkultur vermissen lassen“. Solche Netzdebatten erwecken den Eindruck, dass es weniger um einen konstruktiven Dialog mit gegenseitiger Kenntnisnahme der Argumente geht, sondern oft nur um Skandalisierung und Moralisierung mittels verbaler Scharmützel.

Vergleich zwischen klassischem und Internet-Journalismus

Zudem haben die klassischen Medien unter dem Stichwort Bürgerjournalismus begonnen, ihre Nutzer zu aktivieren und stärker zu beteiligen [...]. Neue Partizipationsformen werden angeboten: Fotos, Filme und Textbeiträge können über Internet und Handy zugemailt und in den redaktionellen Teil integriert werden. Darüber hinaus recherchieren die professionellen Journalisten heute selber verstärkt im Internet und nutzen die laufenden Diskussionen in den Foren als Input für ihre eigene Arbeit. [...]

Allerdings ist nicht immer klar, was genau unter Bürgerjournalismus zu verstehen ist:

Das Phänomen hat vielfältige Facetten und der Begriff wird dementsprechend uneinheitlich verwendet. Im Kern meint Bürgerjournalismus aber eine zugangsoffene, unabhängige und vielfältige Nachrichtenproduktion durch zivilgesellschaftlich engagierte Bürger in Form von selbstständig erbrachten Laienangeboten. Konkret werden darunter Formate wie Weblogs, Podcasts oder Wikis und Facebook, YouTube oder Twitter verstanden.

Positiv herausgehoben wird vor allem, dass so eine breite Partizipation der Bürger an öffentlicher Kommunikation möglich und die Entscheidungsfindung in der Politik durch Diskussionsbeteiligung der Betroffenen demokratischer würde. Als Beispiel kann auf die breite Diskussion um das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ verwiesen werden.

Aus der Perspektive der klassischen Medien werden Erwartungen an den Bürgerjournalismus im Internet abgeschwächt: Es wird betont, dass nur Bezahlmedien dauerhaft gesichert aktuelle und professionelle redaktionelle Leistungen zu erbringen vermögen, welche auf klar definierten Qualitätsstandards beruhen. Die Leistungen des Bürgerjournalismus seien, was die Qualität angeht, oft nicht transparent und außerdem sehr heterogen. Zudem überwiege in Internetkommentaren der Austausch von nicht-neutralen Meinungen, vertiefte unabhängige Recherchen seien die Ausnahme und der Anteil an Exklusivinformation gering.

Die vorliegenden Befunde sprechen somit eher gegen den Optimismus, dass der Bürgerjournalismus bezüglich Qualität mit dem professionellen Journalismus konkurrieren könne. Relativierend ist allerdings festzuhalten, dass die Forschung im deutschen Sprachraum erst am Anfang steht und der Bürgerjournalismus im Internet ohne Zweifel neue Impulse auch für die etablierten Medien gebracht hat. [...]

Quelle: <http://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/medienpolitik/236435/medien-und-gesellschaft-im-wandel> [24.11.2021].

INFOBOX

Heinz Bonfadelli (geb. 1949): Schweizer Kommunikations- und Medienwissenschaftler

Gefälligkeitsjournalismus: Berichterstattung im Sinne der politisch oder finanziell Mächtigen, die darauf abzielt, dass das Medium oder die Journalistin/der Journalist Vorteile erlangt (Zugang zu Information, Nähe zur Macht, mehr Inserate oder Förderungen ...); erfolgt manchmal auch aus freien Stücken aufgrund einer politischen oder persönlichen Verbundenheit/Bewunderung

Produser: häufig im Medienbereich verwendete Wortkombination aus „Producer“ und „User“; bezeichnet Konsumentinnen/Konsumenten, die gleichzeitig Produzentinnen/Produzenten sind, also sich beispielsweise im Internet Inhalte ansehen, aber auch selbst Beiträge hochladen.

Stuttgart 21: heftig umstrittenes Bauprojekt der Deutschen Bahn, das aufgrund enormer Kosten, großer baulicher Veränderungen im Stadtzentrum sowie Bauverzögerungen von anhaltenden Protesten gegen das Projekt geprägt ist; zahlreiche Bürgerbegehren dagegen wurden eingebracht sowie Schlichtungsgespräche geführt; eine Volksabstimmung brachte 2011 jedoch eine Mehrheit für das Projekt, das voraussichtlich 2024 fertiggestellt wird.

Thema 3: Die Macht der Sprache

Aufgabe 1

Sprache und Politik

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Sie befassen sich im Unterricht mit dem Themenbereich *Sprache und Politik* und fassen für Ihre Mitschüler/innen bzw. Kurskolleginnen und -kollegen einen Sachtext zu diesem Thema zusammen.

Lesen Sie den Ausschnitt aus dem Sachtext *Sprache und Politik* von Heiko Girnth, der auf der Website der deutschen *Bundeszentrale für politische Bildung* am 15. Juli 2010 erschienen ist (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Geben Sie die Funktionen von Sprache in der Politik wieder.
- Beschreiben Sie Merkmale politischer Kommunikation.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Sprache und Politik

Von Heiko Girnth

[...]

Politik als sprachliches Handeln

Rechtschreibreform, Kernenergie, Klimawandel: Letztlich kann alles politisch werden, was von öffentlichem Interesse ist. Politik umfasst die verschiedensten Sach- und Handlungsbereiche und kann somit alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringen. Unter diesem weit gefassten Politikbegriff lässt sich auch das Verhältnis von Sprache und Politik betrachten. Politische Akteure müssen die Öffentlichkeit informieren, politisches Handeln begründen, analysieren, kritisieren und rechtfertigen. Sie bewerten bestimmte Sachverhalte positiv oder negativ, stützen die eigene Position argumentativ, stellen sich glaubwürdig dar, greifen die gegnerische Position argumentativ an und werten den Gegner ab. In den Printmedien, im Fernsehen, im Rundfunk und im Internet wird über das politische Tagesgeschehen informiert, werden politische Sachverhalte kommentiert und interpretiert. Dies alles geschieht mit und durch Sprache. Sprache ist darum nicht nur irgendein Instrument der Politik, sondern überhaupt erst die Bedingung ihrer Möglichkeit.

Sprache in der Politik bedeutet vor allem sprachliches Handeln. Es ist die Handlungspotenz von Sprache, die für die Politik konstitutiv ist. Wie der Politiker Erhard Eppler (SPD) hervorhebt, lässt sich in der Politik nur schwer zwischen Reden und Handeln unterscheiden, „weil das Reden sehr wohl Handeln bedeutet“. Wenn Reden Handeln bedeutet, dann heißt das nichts anderes, als dass Sprechen wie jede andere Handlung auch eine bestimmte Funktion besitzt und bestimmte Folgen hat. Unmittelbar einleuchtend ist dies bei einer sprachlichen Handlung wie den RÜCKTRITT ERKLÄREN. Wenn ein Bundespräsident sagt: „Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten“, ist der Rücktritt die Funktion der Äußerung und zugleich ihre unmittelbare Folge.

Überredung und Information

Eine zentrale, wenn auch nicht die einzige Funktion politischer Sprache ist ‚Persuasion‘ (= Überredung). Sie bezieht sich auf alle Versuche, mit Hilfe sprachlicher Mittel die Meinungen und Einstellungen der Adressaten zu beeinflussen und Vertrauen in die Richtigkeit des Gesagten und den politischen Akteur zu schaffen. Da politische Kommunikation in demokratischen Staaten darauf zielt, Politik öffentlich zu machen, politisches Handeln zu legitimieren und Zustimmungsbereitschaft zu erhalten, ist es für die politischen Akteure unabdingbar, ihr sprachliches Handeln persuasiv auszurichten. Im Idealfall geht Persuasion dabei den Weg überzeugender Argumentation. Die persuasive Funktion findet sich beispielsweise in Debattenreden, politischen Talkshows oder auch in Wahlslogans. Da sich persuasive und informative Funktion oft vermischen, spricht man auch von der ‚informativ-persuasiven Funktion‘ politischer Sprache.

Die zentrale Rolle der informativ-persuasiven Funktion macht deutlich, dass Sprachhandeln in der Politik eng mit der Machtfrage verknüpft ist. Es geht um Deutungshoheit und Verwendungshoheit von Sprache. Denn Sprache ist ein Instrument zur Erlangung, Sicherung, Ausübung und Kontrolle von Macht. In einer freiheitlichen Demokratie ist die informativ-persuasive Funktion allerdings keine Einweg-Kommunikation. Sie kennt nicht nur die Kommunikationsrichtung Politikerinnen und Politiker – Bürgerinnen und Bürger, sondern lebt vielmehr auch von der aktiven politischen Partizipation der Bürger. Dazu gehören unter anderem die Beteiligung an Wahlen, die aktive Mitarbeit in Parteien oder Bürgerinitiativen, das regelmäßige Sich-Informieren als notwendige Voraussetzung und Grundlage politischen Handelns und die Fähigkeit und Bereitschaft zur politischen Diskussion.

Wenn auch der Sprache in der Politik eine entscheidende Rolle zukommt, so ist sie doch nicht die Politik selbst. Öffentlich-politische Kommunikation hat sehr viel mit der Erzeugung von Aufmerksamkeit zu tun und weniger mit den tatsächlichen Entscheidungen. Sie flankiert und ergänzt die Politik, sie organisiert und steuert die Bereitschaft, einer bestimmten Politik zuzustimmen. Wenn man Politik als „die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen“, definiert, dann wird nur ein – gleichwohl zentraler – Aspekt hervorgehoben, der auch als ‚Darstellungspolitik‘ bezeichnet wird. Darstellungspolitik ist eine auf die Öffentlichkeit ausgerichtete Politik, die zum größten Teil medienvermittelt ist. Ihr steht die Entscheidungspolitik gegenüber, die in der Regel nichtöffentlich stattfindet und die bestimmte Verfahren wie zum Beispiel das Gesetzgebungsverfahren beinhaltet. Auch in der Entscheidungspolitik spielt Sprache eine wichtige Rolle, da Entscheidungen erst einmal sprachlich vorbereitet und ausgehandelt werden müssen: etwa durch DISKUTIEREN, VERHANDELN oder FRAGEN und ANTWORTEN.

Rahmenbedingungen und Merkmale politischer Kommunikation

Öffentlichkeit und Massenmedialität

Mit dem Verweis auf die Darstellungspolitik sind auch schon zwei zentrale Rahmenbedingungen bzw. Merkmale politischer Kommunikation angesprochen, die einander bedingen: Öffentlichkeit und Massenmedialität.

Politische Kommunikation findet zu einem großen Teil öffentlich statt und wird über die Massenmedien Fernsehen, Presse, Rundfunk und Internet verbreitet. Die Öffentlichkeit als Grundprinzip und Voraussetzung freiheitlicher Demokratie hat einen unmittelbaren Einfluss auf das sprachliche Handeln, dessen spezifische Ausprägungen in der heutigen Zeit wesentlich von den Massenmedien mitbestimmt werden. Als Folge von Öffentlichkeit und Massenmedialität ist sprachliches Handeln oft ‚mehrfach adressiert‘, also an mehrere Personengruppen gleichzeitig gerichtet. So kann sich beispielsweise eine Rede im Bundestag gleichzeitig an die Mitglieder der eigenen Partei, an die Mitglieder der anderen Parteien und an die Bürgerinnen und Bürger richten.

Die massenmediale Ausrichtung politischer Kommunikation bringt zudem spezifische mündliche Interaktionstypen hervor. Der heutige Prototyp eines solchen Interaktionstyps ist die im Fernsehen ausgestrahlte politische Talkshow. Sie bietet den politischen Akteuren Gelegenheit, sich vor einem Millionenpublikum dem politischen Wettbewerb zu stellen, eigene Positionen zu vermitteln und sich als Person zu profilieren. [...]

Die Ausrichtung auf ein Massenpublikum hat zur Folge, dass politisches Sprachhandeln inszeniert wird. Die Teilnehmer einer politischen Talkshow kommunizieren faktisch mit zwei Personengruppen bzw. Adressaten. Erstens kommunizieren sie direkt mit den anderen Gästen bzw. der Moderatorin oder dem Moderator. Zweitens kommunizieren sie indirekt aber auch mit den Fernsehzuschauern. Es entstehen somit zwei Kommunikationsebenen, die den ‚Inszenierungscharakter‘ politischen Sprachhandelns deutlich machen. Was auf der ersten (inszenierten) Ebene als Diskussion erscheint, stellt sich auf der zweiten Ebene als Persuasion der Öffentlichkeit dar. Der Einfluss der Massenmedien auf politisches Handeln wird oft auch kritisch mit den Stichworten ‚Politainment‘ oder ‚Mediokratie‘ umschrieben. Politik als Unterhaltung und die Dominanz der Medien bestimmen die Politikvermittlung und damit die Art und Weise, wie Bürger Politik wahrnehmen. [...]

Quelle: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42678/einstieg> [11.12.2018].

Die Infobox befindet sich auf der nächsten Seite.

INFOBOX

Bundestag: Pendant zum österreichischen Nationalrat

freiheitliche Demokratie: betont, dass die bürgerlichen Grundrechte, wie etwa das Wahlrecht, Meinungs-, Versammlungs- oder Pressefreiheit etc., und Rechtsstaatlichkeit in vollem Umfang gewährleistet sind

Thema 3: Entscheidungen treffen

Aufgabe 2

Nudging

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Sie befassen sich im Unterricht mit dem Themenbereich *Verhaltenspsychologie*. Für Ihre Mitschüler/innen bzw. Ihre Kurskolleginnen und -kollegen fassen Sie einen Artikel über *Nudging* zusammen.

Lesen Sie den Artikel *Nudging: Anstupsen für den guten Zweck* von Kathrin Burger von der Website *Spektrum.de*, veröffentlicht am 9. Juni 2015 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Geben Sie wieder, wie Cass Sunstein und Richard Thaler den Begriff *Nudging* verstehen.
- Erschließen Sie im Artikel angeführte Argumente der Befürworter/innen und Kritiker/innen dieser Methode.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Gesundheitspolitik

Nudging: Anstupsen für den guten Zweck

Falsche Ernährung, Rauchen, verschwenderischer Konsum – Laster der Neuzeit. Darf der Staat seinen Bürgern mit Methoden aus dem Marketing zu besseren Entscheidungen verhelfen?

Von Kathrin Burger

Der eine nimmt sich im neuen Jahr vor, gesünder zu essen, der andere will in der Fastenzeit weniger Plastikmüll produzieren, der Dritte sich mehr bewegen. Doch jeder, der sein Verhalten ändern, also lange gehegte Gewohnheiten durchbrechen will, merkt bald, wie schwer das ist. Es reicht eben nicht das Wissen darum, dass Junkfood und Stubenhockerei schlecht für das Herz sind und der Plastikmüll zunehmend die Weltmeere verschmutzt: An jeder Ecke eine Frittenbude, die Städte zubetoniert, jedes Produkt zweimal verpackt – all das vereitelt viele gute Vorsätze.

Und doch sind Zivilisationskrankheiten und Umweltverschmutzung drängende Probleme, die der Politik Kopfzerbrechen bereiten. [...]

Nudging bedeutet so viel wie „sanft anstupsen“. Die US-Forscher [Cass Sunstein und Richard Thaler] meinen, man müsste die Menschen mit Hilfe von Anreizen dazu bringen, dass sie weniger Risiken eingehen, bessere Alternativen wählen und damit gesünder und glücklicher sind. Dabei

soll die Umwelt so gestaltet werden, dass sich zwar die Wahlmöglichkeiten verändern, diese aber nicht eingeschränkt werden wie bei Verboten. Es ist also möglich, ein anderes, ungesundes Verhalten zu zeigen, dafür muss man aber aktiv werden, sich aus seiner Komfortzone herausbewegen. Nudging überredet und verbietet also nicht. Zudem darf es den Bürger, egal welche Wahl er trifft, nichts kosten. [...]

Hilfe zur Entscheidungshilfe

Tatsächlich ist die moderne Welt so kompliziert, dass Verbraucherschützer dringend Entscheidungshilfen anmahnen. Allein in Supermärkten gibt es 25 000 Lebensmittel [...]. Dass wir hier anstatt zum Schokoriegel zum Apfel greifen, das wünschen sich Public-Health-Experten und Politiker, schließlich belasten kranke Menschen das Gesundheits- und Sozialsystem – so wird gerne argumentiert.

Eine Idee ist etwa: In Schulcafeterias oder Kantinen sollten Obst und Gemüse besser platziert sein, damit sich die Menschen gesünder ernähren. [...] Auch die Raucherzonen in Restaurants oder öffentlichen Gebäuden sind eine

Form des Nudging: Rauchen wird nicht verboten, die Menschen müssen jedoch in einen bestimmten Raum oder gar ins Freie gehen, um ihrer Sucht zu frönen. Bewiesenermaßen senken solche „Nudges“ den Zigarettenkonsum und verbessern damit die öffentliche Gesundheit. [...]

30 Jahre Verhaltensforschung haben gezeigt, dass Nudging – zumindest im Experiment – funktioniert. Denn es spricht vor allem das so genannte impulsive System an. Das ist eine Art Autopilot, arbeitet schnell und ohne Anstrengung. Das reflexive System braucht dagegen die Ratio, die Abwägung, und ist darum träge. Jegliche Entscheidungsprozesse werden über diese zwei Systeme gesteuert. Informationskampagnen wie „Fünf-am-Tag“, die Ampel-Kennzeichnung oder eine Fettsteuer zählen dagegen zu den expliziten Interventionen, die das Gehirn fordern. So weit die Theorie. Ob sich das Anstupsen auch in der Praxis beweisen kann, ist noch ungewiss. [...]

Interventionen verfehlen ihr Ziel

Klar ist hingegen, dass explizite Interventionsmöglichkeiten nicht oder nur in geringem

Ausmaß ihr Ziel erreichen. So fühlen sich manche Menschen etwa durch einen roten Ampelpunkt auf der Schokoladenpackung oberlehrerhaft behandelt und greifen erst recht zu. In Ländern mit einer Fettsteuer wie Dänemark veränderte die Preissteigerung auf Wurstwaren und Fritten nicht das Essverhalten. Auch die „Fünf-am-Tag“-Kampagne hat laut einer Übersichtsstudie aus dem Jahr 2014 kaum den Gemüse- und Obstverzehr der Bevölkerung steigern können. Warum ist das so? Sunstein und Thaler sind davon überzeugt, dass menschliche Entscheidungen im modernen und komplizierten Alltag immer fehlerbehaftet sind. Denn das Gefühl mische sich bei der Ratio ein, das sei schwer veränderbar. Der Schokoriegel an der Tankstellenkasse verführt einfach zur schnellen Bedürfnisbefriedigung, mögliche Schäden in der Zukunft werden ausgeblendet.

Doch es gibt auch Kritiker der Methode. Für Gerd Gigerenzer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung etwa ist Nudging nichts anderes als der Versuch, die Schwächen der Menschen auszunutzen. Seiner Meinung nach müsse man vielmehr die Verbraucher in die Lage versetzen, gute Entscheidungen zu fällen, etwa durch Verbraucherbildung in der Schule und später – in Fachkreisen spricht man von „Risikomündigkeit“. „Ich habe nichts gegen ein bisschen Nudging, aber das kann nicht unser einziges Ziel sein“, sagt der Wissenschaftler.

Alena Buyx, Medizinethikerin an der Universität Kiel, gibt ihrem Kollegen zwar Recht, dass Bildung der Schlüssel zu einem guten Gesundheitsverhalten ist. „Allerdings ist es sehr schwierig, das auf breiter Ebene anzugehen und zu verändern“, meint sie. Sie hält daher kurzfristig gesehen das Nudging für einen guten und innovativen Weg, etwa das Übergewicht einzudämmen – „damit sich das nicht irgendwann zu einer Public-Health-Katastrophe ausweitet“.

Oft wurde Sunstein und Thaler auch vorgeworfen, das Anstupfen sei manipulativ und führe in einen bevormundenden Staat. Die Wissenschaftlerin Buyx hält diesen Vorwurf jedoch für übertrieben: „Das Nudging ist in jedem Supermarkt, an jeder Tankstelle schon längst Alltag, und zwar, um Produkte zu verkaufen. Darüber klärt keiner auf“, entgegnet sie. „Der Staat will diese Methode aber nutzen, um Menschen zu gesünderem Verhalten zu verhelfen, was die meisten ohnehin möchten, aber oft nicht schaffen. Die Methode kann zudem ganz transparent eingesetzt werden und wäre dann aus ethischer Sicht legitim.“ [...]

Doch die Skeptiker lassen nicht locker. So mahnen Daniel Hausman und Brynn Welch, Philosophen an der University of Wisconsin, der Verbraucher würde infantilisiert, er würde also zunehmend unbedachter wählen, weil sein Entscheidungsfindungssystem durch diese vom Staat verordnete

Erziehungsmaßnahme erlahme. „Das Gegenteil könnte der Fall sein“, meint [Muireann] Quigley [Medizinethikerin an der Universität Bristol]. Schließlich besagten Studien, dass das menschliche Gehirn nach langem Abwägen regelrecht ermüdet sei und daher bei folgenden Entscheidungen nicht optimal handle. Die Erleichterung vieler täglicher Entscheidungen durch eine anders gestaltete Umgebung könnte also dazu führen, dass mehr neuronale Kapazitäten frei werden, um klug zu handeln.

Nir Eyal, Bioethiker an der Harvard University, fügt noch einen weiteren Kritikpunkt dazu: „Nudging produziert in einigen Fällen Scham und Stigmatisierung.“ Etwa im Beispiel der Raucherzonen, aber auch, wenn Übergewicht bekämpft werden soll. Diese „psychischen Kosten“ müsste man bei der Etablierung bestimmter Nudging-Projekte berücksichtigen. Wenn diese Kosten zu hoch seien, wäre eine bestimmte Maßnahme nicht mehr vertretbar. Wie alle Interventionen, die auf Verhaltensänderung abzielen, ist also auch das Nudging nicht das Allheilmittel, das alle Probleme lösen kann. Die meisten Wissenschaftler plädieren darum für eine Kombination verschiedener Methoden. Sunstein sagte [...]: „Wichtig ist es, die Prinzipien von Transparenz und Neutralität einzuhalten. Dann kann Nudging ein sehr erfolgreiches Instrument sein, um das Glück der Bürger zu steigern. ■

Quelle: <http://www.spektrum.de/news/nudging-darf-ein-staat-seine-buerger-zu-gesuenderem-verhalten-verhelfen/1349983> [15.11.2017].

INFOBOX

Sunstein, Cass ist ein US-amerikanischer Professor für Rechtswissenschaften an der Harvard University. Sein Tätigkeitsschwerpunkt liegt unter anderem auf einer verhaltensökonomischen Analyse des Rechts.

Thaler, Richard ist ein US-amerikanischer Wirtschaftsprofessor an der Booth School of Business der University of Chicago. Er erhielt 2017 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Studien zur Verhaltensökonomie.

Thema 2: Fotografieren

Aufgabe 2

Kriegsfotografie

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Im Rahmen eines Projekts zum Thema *Fotografie* an Ihrer Bildungsinstitution fassen Sie für die Projekt-Website einen Bericht über die Arbeit des Fotografen Simon Norfolk zusammen.

Lesen Sie den Bericht *Kriegsfotograf Simon Norfolk* von Wolfgang Popp von der Website *oe1.orf.at* vom 16. August 2016 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Beschreiben Sie, wie sich die Bedingungen für die Kriegsfotografie laut Simon Norfolk geändert haben.
- Geben Sie die Besonderheiten der Fotografie von Simon Norfolk und seine Intentionen wieder.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Kriegsfotograf Simon Norfolk

Von Wolfgang Popp

Der britische Fotograf Simon Norfolk bezeichnet sich ganz unverfänglich als Landschaftsfotografen, seine Bilder entstehen aber an den großen Kriegsschauplätzen der Welt: in Afghanistan genauso wie im Irak. „Mein Thema sind Schlachtfelder“, gibt Norfolk auch ganz unumwunden zu. Wie er diese Schlachtfelder inszeniert, das macht ihn allerdings zu einer Ausnahmeerscheinung in der Gegenwartsfotografie.

Doch so geschätzt und gefragt seine Bilder bei Sammlern und auch bei Museen sind, mit seinen kontroversiellen Ansichten macht sich Simon Norfolk nicht nur Freunde. Hierzulande waren Norfolks Bilder bereits im Kunst Haus Wien zu sehen, wo der Fotograf vor kurzem auch einen Workshop abgehalten hat.

Wie ein Gemälde von Claude Lorrain

Eine von Simon Norfolks bekanntesten Aufnahmen zeigt das Nordtor von Bagdad. Altorientalischen Vorbildern nachempfunden, hatte es Saddam Hussein errichten lassen, um seine Herrschaft an die der alten babylonischen Könige anzuschließen. Das Tor ist zerschossen und unweit davon liegt ein zerstörter Panzer im Sand. Was dieses Kriegsfoto aber ungewöhnlich macht, ist der Umstand, dass das gesamte Bildzentrum von einem Bach eingenommen wird, der im Schatten einer Baumgruppe friedlich dahinplätschert. Überhaupt wirkt das Ganze wie ein Landschaftsgemälde.

„Genauso war’s auch gedacht“, sagt Simon Norfolk und erzählt, dass er die romantischen Maler von Claude Lorrain bis Nicolas Poussin im Gepäck hatte, als er in den Irak und nach Afghanistan fuhr: „Das waren die ersten Künstler, die Ruinen malten, und damit auch die ersten, die sich gegen den Imperialismus ihrer Regierungen wandten. Denn diese Bilder erzählten doch, dass selbst die mächtigsten Reiche auch wieder untergegangen sind. Deshalb wollte ich in genau diesem Stil fotografieren. Die afghanische Landschaft sollte aussehen wie ein Gemälde von Claude Lorrain. Auch weil die Leute, die Afghanistan für eine verwüstete Wildnis halten, mit so einem Afghanistan-Bild überhaupt nicht rechnen.“

Heute ein Anachronismus

Man merkt schnell, dass Simon Norfolk mit der heutigen Kriegsfotografie seine Probleme hat. Ein Anachronismus sei sie, meint Norfolk, weil sie in den 30er- und 40er-Jahren entstanden sei, im Spanischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg. Damals haben Robert Capa und seine Kollegen mit den damals neuen und handlichen Kleinbildkameras mit schnellen Verschlusszeiten und Schwarzweiß-Film fotografiert. Da entstanden dann aus nächster Nähe intensive Bilder voller Gewalt. Was damals gut funktionierte, weil sich noch tatsächlich Soldaten auf den Schlachtfeldern gegenüberstanden.

„Das Problem ist, dass die Kriege heute von Drohnen gefochten werden, dass es psychologische Kriegsführung gibt und man den Gegner besiegt, indem man in seine Computersysteme Viren einschleust“, so Simon Norfolk. „So etwas lässt sich nicht auf Capas alte Art mit einer Leica auf 35-Millimeter-Film bannen. Und trotzdem halten die meisten Fotografen daran fest und gewinnen auch noch den World Press Award mit Bildern von Soldaten, die mit Gewehren aufeinander schießen.“

Damit Krieg nicht zur Privatsache wird

Was aber bedeutet das für Fotografen? Sollen sie den Kampfplatz anderen kampflos überlassen? Simon Norfolk: „Wir müssen Fotos vom Krieg machen. Für die öffentliche und demokratische Debatte ist es ganz wichtig, dass diese Themen angesprochen werden. Krieg wird sonst zu einer Privatsache, die von einer Handvoll Generälen und Politikern betrieben wird. Dass Dinge unsichtbar werden, nur weil sie sich schwierig darstellen lassen, halte ich für genauso gefährlich wie eine Diktatur. Es ist nicht unmöglich, die richtigen Bilder zum Thema Krieg zu finden, es ist nur so richtig schwierig, aber verdammt, das ist nun mal unsere Arbeit.“

Schlachtfelder sind seit 15 Jahren das große Thema Simon Norfolks. Auch das hat mit seinem Interesse an den Künstlern und Denkern der Romantik zu tun, denn genau wie jene fasziniert ihn das Konzept des Erhabenen, einer Ansicht, die einen gleichzeitig staunen und schauern lässt. Simon Norfolk: „Wo lässt sich heute noch diese Mischung aus Schönheit und Schrecken finden? Auf dieser gottlosen Welt sind es nur mehr die Orte, an denen man sehen kann, was eine moderne Militärmaschinerie aus Landschaften, Gebäuden und Menschen macht. Das sind Orte der Erhabenheit, an denen man sich vollkommen machtlos, allein und überwältigt fühlt. Denn hier steht man einer Schönheit gegenüber, die einen gleichzeitig nicht vergessen lässt, dass sie Körper zerriss, Kinder tötete und ganze Landstriche auslöschte.“

Tarnung Landschaftsfotograf

Obwohl der Krieg und seine Zerstörungen sein großes Thema sind, ist Simon Norfolk die Bezeichnung Kriegsfotograf unangenehm. Viel besser gefalle ihm da, sagt Norfolk mit einem ironischen Grinsen, das Etikett Landschaftsfotograf: „Mit dieser Bezeichnung bekomme ich weniger Probleme. Ich könnte mich auch Revoluzzer-Provokateur nennen, aber das wäre nicht sehr hilfreich, wenn ich das nächste Mal um eine Zugangsbewilligung für ein Militärcamp ansehe. Landschaftsfotograf hört sich hingegen harmlos an. Diese Bezeichnung ist wie eine Tarnung, weil ich damit für jemanden gehalten werde, der Ansichtskarten fotografiert.“

„Fotografie ist für mich keine Kunst“

Seine Bilder veröffentlicht Simon Norfolk auf verschiedene Weise. Als hochpreisige Drucke in niedriger Auflage werden sie von Sammlern und Museen wie etwa der Tate Modern angekauft. Daneben bringt Norfolk in regelmäßigen Abständen Bildbände heraus. Viel wichtiger ist ihm aber der freie und demokratische Zugang zu seinen Bildern, deshalb stellt er sie allen zugänglich auf seiner Website aus. Eine öffentliche Debatte auszulösen sei ihm auch viel wichtiger, sagt Simon Norfolk, als in Kunstkreisen diskutiert zu werden: „Ehrlich gesagt, und auch wenn mich das jetzt zu einem Ketzer macht, ist Fotografie für mich keine Kunst. Manche würden mich für diese Aussage wahrscheinlich steinigen, aber was soll ich machen. Ich halte Fotografie für ein Handwerk und für eine Sprache, aber ich bin mir nicht sicher, ob sie in Kunstgalerien gezeigt werden sollte.“

Das perfekte Licht

Dabei ist Simon Norfolk ein wahrer Zauberer, wenn es um das Einfangen von Lichtstimmungen geht. Kein Zauber, sondern perfekte Planung, winkt Simon Norfolk ab und verweist auf die pedantische Vorbereitung seiner Foto-Sessions, denn das perfekte Licht gibt es oft nur für wenige Minuten. Norfolk

greift da gerne auf Apps zurück, die für jeden Tag und jeden Ort der Welt die exakte Zeit von Sonnenaufgang und -untergang angeben und dazu den genauen Einfallswinkel der Sonne. Anhand dieser Angaben erstellt Norfolk seinen strikten Zeitplan, steht oft mitten in der Nacht auf, schläft dafür über Mittag, wenn es nur schlechtes Licht gibt, und steht dafür zur blauen Stunde und zur Abenddämmerung wieder mit seinem Fotoapparat parat. Der übrigens eine Digitalkamera ist.

Simon Norfolk: „Ich bin 2010 auf Digitalfotografie umgestiegen, als ich nach Afghanistan gegangen bin. Damals wollte ich auch in amerikanischen Militärlagern fotografieren, die wollten aber sofort Einsicht nehmen in meine Bilder, deshalb blieb mir gar nichts anderes über, als mit einer digitalen Kamera zu arbeiten. Ich kaufte mir also dieses unglaublich teure Gerät und jetzt muss ich sie verwenden, solange sie noch etwas wert ist. Deshalb bin ich bis heute nicht zur Analogfotografie zurückgekehrt.“

Historische Tiefenforschung

Mit seiner Kamera betreibt Norfolk nicht weniger als historische Tiefenforschung. Am liebsten an Orten, die einiges erlebt haben, wie Beirut, Jerusalem oder Auschwitz. Simon Norfolk: „Oft kommt es mir so vor, als wäre es diesen Orten ein Bedürfnis, ihre Geschichte zu erzählen, ja als wollten sie all das Gift herauswürgen, das sich in ihrer Vergangenheit angesammelt hat. Ich halte Orte und Landschaften deshalb auch für äußerst zuverlässige Quellen.“

Und so reist Simon Norfolk rund um die Welt als Sprachrohr für Orte, die im öffentlichen Diskurs nur mehr verkürzt auf ihre symbolhafte Wirkung oder Klischees vorkommen. Simon Norfolk: „Mein Job ist es eigentlich, Dinge auszugraben, den Staub herunterzublasen und dann diese Fundstücke herzuzeigen. Wahrscheinlich bin ich also gar kein Fotograf, sondern Archäologe.“

Quelle: <http://oe1.orf.at/artikel/448360> [11.12.2018].

INFOBOX

Analogfotografie: Im Gegensatz zur Digitalfotografie werden hier die Bildinformationen nicht auf einem elektronischen Speichermedium, sondern auf einem lichtempfindlichen (Film-)Material festgehalten, das anschließend noch fotochemisch entwickelt werden muss.

blaue Stunde: bezieht sich auf die besondere Färbung des Himmels während der Zeit der Dämmerung

Capa, Robert (1913–1954): US-amerikanischer Fotograf, der als Kriegsreporter bekannt wurde

Leica: erste serienmäßig hergestellte Kompaktkamera für das Kleinbildformat

World Press Award: gilt als bedeutendste internationale Auszeichnung für Fotojournalismus

Thema 3: Geschichte und Demokratie

Aufgabe 1

Projekt Europa

Schreiben Sie eine Zusammenfassung.

Situation: Als Vorbereitung für eine Diskussion in Ihrer Klasse/Ihrem Kurs über die Europäische Union fassen Sie für Ihre Mitschüler/innen bzw. Ihre Kurskolleginnen und -kollegen einen Essay zu diesem Thema zusammen.

Lesen Sie den Essay *Was hält die Sterne Europas zusammen?* von Aleida Assmann aus der Schweizer Tageszeitung *Neue Zürcher Zeitung* vom 19. Mai 2019 (Textbeilage 1).

Schreiben Sie nun die **Zusammenfassung** und bearbeiten Sie dabei die folgenden Arbeitsaufträge:

- Fassen Sie die Lehren, die laut Aleida Assmann aus der Geschichte Europas gezogen wurden, zusammen.
- Geben Sie die Einschätzung der Autorin zum derzeitigen Zustand der Europäischen Union und ihre Schlussfolgerungen daraus wieder.

Schreiben Sie zwischen 270 und 330 Wörter. Markieren Sie Absätze mittels Leerzeilen.

Hinweis: Die schweizerische Rechtschreibung des Originaltextes wurde beibehalten.

Kultur

Was hält die Sterne Europas zusammen?

Das Projekt EU ist handfest und übersichtlich: Es besteht nämlich nur aus vier Lehren, die die Mitgliedsstaaten gemeinsam aus ihrer Geschichte gezogen haben und die sie in der jetzigen Krise dringend brauchen.

Von Aleida Assmann

Über lange Zeit schien der Verbund der EU so stabil und dauerhaft zu sein wie das Symbol des Sternenkreises auf der blauen Fahne. Das war einmal. Der britische Stern verabschiedet sich seit längerem, andere Sterne wie Polen und Ungarn, aber auch Italien und Spanien geraten ins Schleudern. Das Symbol hat aus sich selbst heraus keine Bindungskraft. Umso dringlicher stellt sich die Frage, was die Sterne Europas eigentlich noch zusammenhält. [...]

Nach 1945 bestand die erste und wichtigste Lehre aus der Geschichte darin, den Krieg diesmal wirklich zu beenden. Das war nach dem Ersten Weltkrieg nämlich nicht gelungen, der zwar auf dem Schlachtfeld, aber nicht in den Köpfen und Herzen zu Ende gegangen war. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde vor allem in Deutschland ein „Mythos des Ersten Weltkriegs“ aufgebaut, der später zu einer wichtigen Stütze des NS-Staats wurde. Kein Wunder also, dass der Zweite Weltkrieg von deutschem Boden

ausging. Das Friedensprojekt, das sich die westeuropäischen Staaten nach 1945 ausgedacht haben, war im wahrsten Sinne des Wortes utopisch: Sie verwandelten „Schwerter“, nämlich Kohle und Stahl als die wichtigsten Rohstoffe der Kriegsindustrie, in „Pflugscharen“, indem sie sie zur Grundlage einer transnationalen Wirtschaftsgemeinschaft machten. So wurden aus Todfeinden dauerhaft friedlich kooperierende Nachbarn. Die zweite Lehre, das Freiheitsprojekt, war nicht weniger wichtig; ehemalige Diktaturen wurden mit Unterstützung der Alliierten in Demokratien verwandelt.

Die beiden Lehren der Friedenssicherung und der Demokratisierung kamen 1989 nach dem Sturz der Mauer und der Öffnung des Eisernen Vorhangs noch einmal zur Wirkung. Mit Beendigung des Kalten Krieges wurden weitere Diktaturen in Demokratien verwandelt und zu Mitgliedern in der EU. Es kamen aber noch zwei weitere Lehren dazu: eine neue selbstkritische Erinnerungskultur und die Aktualisierung der Menschenrechte. Da diese Lehren

gerade heute wieder von grösster Aktualität sind, sollen sie etwas ausführlicher zur Sprache kommen.

Nationen haben sich seit dem 19. Jahrhundert Symbole und Erzählungen zugelegt, die das Selbstbild der Gruppe stärken und deren Identität stützen. Dieses kollektive Gedächtnis vereinfacht die geschichtliche Komplexität und sieht alles aus einer einzigen, emotional besetzten Perspektive. Geschichte wurde im nationalen Gedächtnis deshalb stets auf einen ruhmreichen, ehrenwerten oder zumindest akzeptablen Ausschnitt beschränkt. Angesichts einer schuldhaften oder traumatischen Vergangenheit gab es üblicherweise überhaupt nur drei sanktionierte Rollen, die das nationale Gedächtnis akzeptieren konnte: die des Siegers, der das Böse überwunden hat, die des Widerstandskämpfers und Märtyrers, der gegen das Böse gekämpft hat, und die des Opfers, das das Böse passiv erlitten hat. Was jenseits dieser Positionen und ihrer Perspektiven liegt, konnte gar nicht oder nur sehr schwer zum Gegenstand eines

akzeptierten Narrativs werden und wurde deshalb auf der offiziellen Ebene vergessen.

Genau das änderte sich nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, als die osteuropäischen Archive zugänglich wurden. Auf der Basis dieser Quellen entstand eine neue Geschichtsschreibung, die viele nationale Narrative erweiterte und das hervorbrachte, was man eine selbstkritische oder dialogische Erinnerungskultur nennen kann. Zum Beispiel war aufgrund neuer Dokumente über die Vichy-Regierung Frankreich nicht mehr nur eine Widerstands-Nation. Österreich konnte sich nach der Affäre um die NS-Vergangenheit des Präsidenten Kurt Waldheim nicht mehr als erstes unschuldig Opfer Hitlers behaupten [...].

Die vierte Lehre aus der Geschichte, die Menschenrechte, haben einen langen Stammbaum, der bis in die Aufklärung zurückreicht. Sie sind 1948 noch einmal in der UNO erneuert worden. Warum tauchen sie dann aber erst als vierte Lehre auf? Weil sie immer wieder neu erkämpft werden müssen und erst vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 1998 in der Folge der Balkankriege rechtswirksam umgesetzt wurden. In der Schlussakte von Helsinki 1975 verpflichteten sich auch die Ostblockstaaten, die Menschenrechte zu

achten. [...] Erst mit der Umsetzung der Menschenrechte wurde das Fundament eines neuen, gemeinsamen Europa gelegt. So begann eine Phase der Öffnung zwischen Ost und West, die der europäischen Einigung voranging und diese entscheidend vorbereitete. Nach 1989 sprach man von einer „neuen Ära der Menschenrechte“, die auf supranationaler Ebene verankert wurde und die in die DNA der Europäischen Union eingegangen ist.

Es ist wichtig, diese vier Lehren aus der Geschichte wieder in Erinnerung zu rufen, denn sie sind der Massstab, an dem die Nationen der EU heute gemessen werden. Dabei zeigt sich, dass sich das Rad der Geschichte gerade wieder zurückdreht und überstürzt vergessen wird, was in der EU gelernt worden ist. Anstelle einer selbstkritischen und dialogischen Erinnerungskultur werden heute in vielen Staaten Europas die alten Prinzipien eines monologischen Nationalstaats wieder eingesetzt, der auf Stolz und Ehre gegründet ist und selbstherrlich über seine Geschichte entscheidet, um die Ehre der Nation wider besseres Wissen und Gewissen zu verteidigen. In der EU gilt aber das genaue Gegenteil: Aufklärung, Bildung und Pressefreiheit sind Grundrechte in einem demokratischen Staat, denn aufgeklärte Bürger schwächen die Nation

nicht, sondern stärken sie.

[...] Der europäische Traum ist nichts Vages, sondern hat klare Konturen angenommen in den Lehren, die die EU aus ihrer Geschichte gezogen hat. Dieses Projekt ist der Kompass für die Orientierung in der gegenwärtigen Krise. Aber erst wenn wir die Lehren kennen, können diese auch die Form eines Bekenntnisses annehmen: Das ist unsere Geschichte, daran wollen wir uns messen lassen, das wollen wir auch in Zukunft umsetzen. Die Einbunkerung in einer nostalgisch verklärten nationalen Vergangenheit ist keine Lösung, wir müssen im Gegenteil lernen, das, was wir besitzen, zu teilen, die Erfahrungen und Standpunkte anderer anzuerkennen, um für neue globale und ökologische Herausforderungen konstruktive Lösungen zu finden, wenn wir in Europa und der Welt Frieden bewahren und eine gemeinsame Zukunft haben wollen. So können wir die Sterne Europas wieder zum Leuchten bringen.

Aleida Assmann (1947) ist eine deutsche Anglistin, Ägyptologin und Literatur- und Kulturwissenschaftlerin. Zuletzt veröffentlichte sie „Menschenrechte und Menschenpflichten“ sowie „Der europäische Traum“. ■

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 19. Mai 2019, S. 61.

INFOBOX

Narrativ: eine Erzählung oder Darstellung, die benutzt wird, um Werte und Normen einer Gesellschaft oder einer historischen Periode zu erklären oder zu rechtfertigen

Schlussakte von Helsinki: Am 1. August 1975 unterzeichneten Vertreter von 35 Staaten des West- und Ostblocks die Schlussakte der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) in Helsinki.

Vichy-Regierung: französische Regierung im unbesetzten südlichen Teil Frankreichs von 1940 bis 1944 mit Sitz in Vichy, die mit den nationalsozialistischen Besatzern im restlichen Teil Frankreichs kollaborierte